Nr. 59. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 1. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Englische Angriffe zwischen Sailly und Le Transloy.

Vorfeldgefechte im Ancre-Gebiet — Gefecht bei Bailly — Franzosenangriffe bei Avocourt — Höhen gewinn an der Baleputna-Straße — Italienerangriff bei Paralovo.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 28. Februar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Erkundungsvorstöße gegen einige Stellen der Artois-Front wurden abgewiesen.

Im Ancre-Gebiet verliefen Infanteriegefechte im Vorfeld unserer Stellungen nach Absicht der Führung.

Westlich von Bailly an der Aisne wurde eine unserer Flußsicherungen durch die Franzosen überrumpelt; durch Gegenstoß kam die Postenstellung und die bereits gefangene Besatzung wieder in unsere Hand.

Auf dem linken Maasufer scheiterten französische Teilangriffe, die nach starkem Feuer nachts gegen unsere Gräben nordöstlich von Avocourt vorbrachen.

Westlich von Markirch (Vogesen) schlugen Unternehmungen von vier französischen Aufklärungsabteilungen fehl.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Beiderseits der Baleputna-Straße im Südteil der Waldkarpathen brachte ein gut vorbereiteter, forsch durchgeführter Angriff unsere Truppen in Besitz mehrerer russischer Höhenstellungen. 12 Offiziere, über 1300 Mann wurden gefangen, 11 Maschinengewehre und 9 Minenwerfer erbeutet. Die genommenen Linien wurden gegen mehrere nächtliche Gegenangriffe gehalten.

Ein südlich der Straße gelegener Stützpunkt der Russen ist nach Zerstörung seiner Anlagen wegen für uns ungünstiger Lage ohne feindliche Einwirkung wieder geräumt worden.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen griffen die Italiener die von uns am 12. Februar gewonnenen Höhenstellungen östlich von Paralovo nach ausgiebiger Feuervorbereitung mit starken Kräften an. Der Angriff brach verlustreich zusammen; kein Fußbreit Bodens ging uns verloren.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 28. Februar. Abends.

Auf dem Nordufer der Somme griffen die Engländer zwischen Le Transloy und Sailly an. Sie sind abgewiesen worden; an zwei Stellen unserer vordersten Gräben wird noch gekämpft.

Im Osten keine größeren Gefechtshandlungen.

* * *

Der österreichische Bericht.

Wien, 28. Februar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Nichts zu melden.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Oestlich Campulile wurde eine feindliche Feldwache aufgerieben. Beiderseits der Baleputna-Straße erstürmten unsere Truppen gestern nachmittag in überraschendem Angriff mehrere Höhenstellungen. Der „Tunnel-Stützpunkt" wurde nach Zerstörung der Verteidigungsanlagen wegen ungünstiger Lage ohne Einwirkung des Gegners wieder geräumt, alles andere gewonnene Gelände gegen mehrere hartnäckige Angriffe behauptet.

Die Tagesbeute beträgt 12 Offiziere, über 1300 Mann, 11 Maschinengewehre und 9 Minenwerfer.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Luck überfielen unsere Stoßtruppen einen russischen Vorposten.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstenländischen Front hielt sich die Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen. Unsere Flieger warfen auf italienische Truppenlager im Görzischen mit Erfolg Bomben ab.

Südlich der Marmolata vernichtete ein Feuerüberfall gegen die feindlichen Ombretta-Stellungen zwei Geschütze, ein Munitionsdepot und die Unterkünfte der Italiener.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Sicherungstruppen versprengten nordwestlich von Malik eine feindliche Abteilung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Bemerkungen zur Kohlensteuer.

Von Otto Hue.

So einfach die in der Regierungsvorlage angegebenen Richtlinien der Kohlenbesteuerung beim ersten Durchlesen der vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen und der zugehörigen Begründung auch erscheinen mögen, selbst einem Freunde dieses Steuervorschlages müssen, je sorgfältiger er das Projekt durchdenkt, Zweifel aufsteigen, ob die Sache so zu machen ist. Zwar klingt es furchtbar einleuchtend, wenn erklärt wird: Wir erheben die Steuer vom „Wert der Kohle", als solcher gilt der „Verkaufspreis ab Grube oder Verarbeitungsstelle"; wir haben dann nur mit verhältnismäßig sehr wenigen Steuerhebungsstellen zu tun, was die Kontrolle sehr erleichtert. Vom reinsteuertechnischen Standpunkt aus betrachtet mag das vollkommen zutreffen, aber gerade der in der Begründung der Vorlage betonte „wirtschaftliche Gesichtspunkt" kommt dabei nicht auf seine Rechnung.

Nehmen wir zunächst den sehr häufig vorkommenden Fall an, daß eine Grube oder Brikettfabrik ihre Förderung oder Erzeugung ganz oder fast ganz einem zur Betriebsgemeinschaft gehörigen Metallindustriewerk liefert. Diese Lieferung geschieht wohl niemals zu Syndikats-Richtpreisen, erst recht nicht zu den jetzt wahrscheinlich ausnahmslos über diese namhaft hinausgehenden tatsächlichen Marktpreisen. Soll der steuerpflichtige „Wert" jener Lieferungen nach den marktgängigen Preisen oder nach den zwischen den in Interessengemeinschaft stehenden Werken vereinbarten Verrechnungspreisen geschehen? Nach dem § 8, Absatz 2 und 3 der Vorlage scheint ersteres die Absicht zu sein; ihre Ausführung würde aber für die in Betracht kommenden Verbrauchsstellen in der weiterverarbeitenden Industrie durchaus nicht selten eine finanzwirtschaftliche Umwälzung von unabsehbarer Tragweite bedeuten. Zufällig ist mir folgender Beweisfall genauer bekannt: Ein metallindustrielles Unternehmen wird von einer mit ihm verbundenen Kohlenzeche mit Fettkohlen, die Tonne zu 13 bis 14 M., beliefert. Der Syndikats-Richtpreis für diese Kohlensorten beläuft sich auf 17 bis 18 M. Da bei der Besteuerung der „Endpreis" (Begründung, Seite 15), also der marktgängige Verkaufspreis, zugrundegelegt werden soll, dürfte ein Preis von sicherlich 19 bis 20 M. zur Verrechnung kommen müssen. Mithin würde das verbrauchende Werk durch die Besteuerung eine Kohlenverteuerung von 3,80 bis 4 M. pro Tonne (20 Proz. vom Werte) erfahren! Wenn man sich entsinnt, daß schon eine halb so hohe Hinaufsetzung der Kohlenpreise von den Werken in der Weiterverarbeitungsindustrie mit ganz bedeutenden Preiserhöhungen für ihre Erzeugnisse beantwortet wurde, dann kann man sich auch leicht vorstellen, wie sie auf die Kohlensteuer reagieren werden. Gedenkt die Regierung diesen sonst zu erwartenden enormen Preiserhöhungen durch systematische Vorschrift von Höchstpreisen zu begegnen?

Besteuert soll der „Wert" resp. der „Verkaufspreis" der Förderung und Erzeugung werden, im Gegensatz zu dem anhaltinischen und dem altenburgischen Kohlenförderungssteuergesetz, die von pro Tonne Förderung unterschiedslos eine Abgabe einführten. (Altenburg durch Gesetz vom 21. Dezember 1913 eine Abgabe von 2½ Pf. pro Tonne, durch Gesetz vom 20. Dezember 1916 erhöht auf 5 Pf.) Durch diese Besteuerung soll der „wirtschaftliche" Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt sein. Hieraus ergibt sich meines Erachtens auch ein schwerer Fehler in ertragswirtschaftlicher Beziehung. Wenn die Besteuerung ohne weiteres nach Maßgabe des Preisstandes eintreten soll, so müßte doch erst nachgewiesen werden, daß der höhere Preisstand auch einem entsprechend höheren Betriebsertrag entspricht! Wie sieht es aber in dieser Beziehung aus?

In dem Anhang zu der Vorlage werden auf Seite 29 die amtlichen Durchschnittswerte pro Tonne geförderter Steinkohle angegeben. Diese Durchschnittswerte sind zwar nicht gleich den Verkaufspreisen, stehen aber in einem annähernd gleichen Parallelverhältnis zu diesen. Da liest man z. B., daß 1913 der Tonnenwert betrug in Oberschlesien 9,08, in Niederschlesien 10,47 M. Demnach würden nach dem Steuervorschlag (20 Proz.) von der oberschlesischen Kohle pro Tonne 1,96, von der niederschlesischen fast 2,10 M. zu erheben sein. Dabei ist allgemein in Fachkreisen bekannt, daß die oberschlesischen Kohlengruben infolge viel günstigerer Gewinnungsbedingungen weit besser rentieren als die niederschlesischen. Die rheinisch-westfälische Tonne Kohle repräsentierte 1913 einen Durchschnittswert von 11,83, die Saarkohle einen solchen von 12,04 M. Bekannt ist aber auch, daß die Betriebsrenten der rheinisch-westfälischen Zechen durchschnittlich höhere sind als die der Saarzechen. Man ersieht schon aus diesen beiden Beispielen, daß auch die Besteuerung nach dem Wert oder Preis der rohen Kohlen — dasselbe gilt

Laconia und Wilson.

Die Versenkung der Laconia ist der Fall, auf den gewisse politische Rechner heißhungrig gewartet haben. Ihr Exempel kam ohne Einsatz dieser neuen Größe nicht vorwärts. Eben deshalb ist es geraten, gegen die Nachrichten über politische Wirkungen jenseits des Atlantischen Ozeans, die jetzt einzulaufen anfangen, vorsichtig zu sein. Was sich Reuter bei Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Union mit Deutschland in seinen Meldungen über den großen Schiffsraub, der drüben vollführt worden sei, leistete, mag heute als Warnung in der Erinnerung aufgefrischt werden. Den skrupellosen Redigierkünsten Reuters sind wir auch jetzt überliefert, und schon sind sie am Werke, ihre amerikanischen Depeschen so zu fassen, als ob nun alles klipp und klar so stehe, wie der herzbrechendste Sehnsuchtsschrei nach Wilsons kriegerischem Eingreifen es haben möchte. Folgendes Telegramm Reuterscher Vermittelung liegt vor:

New York, 27. Februar. Ein Telegramm der Associated Preß aus Washington besagt, daß eine amtliche Depesche die Berichte über den Tod von Amerikanern auf der Laconia bestätigt, und erklärt, dies und die Tatsache, daß der Passagierdampfer ohne Warnung torpediert worden sei, stelle eine „offenkundige Tat" (overt act) dar. In diesen amtlichen Berichten wird die Versenkung der Laconia als ein neuer Lusitaniafall angesehen, selbst wenn weniger Menschenleben verloren gegangen sind.

Wilson stellte in seiner Botschaft als Vorbedingung der Kriegsfrage „mutwillige offensive Handlungen" hin. Hier aber ist zunächst nur von einer „offenkundigen Tat" die Rede. So ohne weiteres decken beide Ausdrücke sich keineswegs. Man kann höchstens zugeben, daß die Deutungsfähigkeit des Ausdrucks der Botschaft zur Not die Möglichkeit schaffe, eine Uebereinstimmung zurechtzupressen. Aber auch das gibt den guten Rat, einstweilen geduldig zu warten, Reuterschen Telegrammen wie Gift zu mißtrauen und sich zugleich an das zu halten, was der Washingtoner Berichterstatter der „Times" drahtet: daß es voreilig wäre, zu behaupten, man wisse, was Wilson tun werde. Denn auch das Telegramm der Associated Preß weiß nichts davon. Es soll aber durch seine sensationelle Zustutzung zu der Ansicht verführen, als stehe nun Wilsons Weg endgültig und auf einen letzten Schritt abgekürzt fest. Man müßte, um zu wissen, woran man zur Stunde ist, den genauen Wortlaut der amtlichen Mitteilung kennen, auf die sich Reuter, ohne ihn wiederzugeben, bezieht.

*

London, 27. Februar. Reuter. Die Cunardlinie teilt mit, daß drei Passagiere der Laconia tot sind und drei vermißt werden. Ferner würden sechs Mann der Besatzung vermißt, sechs seien im Krankenhaus.

Die Versenkung der holländischen Schiffe.

Wer trägt die Verantwortung für das Ausfahren?

Haag, 27. Februar. In der Zweiten Kammer sprach Herdmans bei der Debatte über die Lebensmittelversorgung über die Torpedierung der sechs holländischen Schiffe und sagte, er wolle nicht die Tat des U-Boot-Kommandanten beurteilen, da er dessen Instruktionen nicht kenne. Er glaube aber, daß die holländische Regierung unter den gegebenen Umständen mehr hätte tun können. Die Frage sei, wer die Verantwortung für das Ausfahren trage. Wenn der Ackerbauminister es einfach den Reedereien überlasse, diese Schiffe an einem relativ sicheren Tage ausfahren zu lassen, dann frage es sich, ob die Regierung im Interesse der holländischen Lebensmittelversorgung nicht dafür sorgen müsse, daß die Schiffe an einem absolut sicheren Tage ausfahren.

von der verdeckten — den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bezirke nicht Rechnung trägt. Die nach altem deutschen Bergrecht übliche Besteuerung des Wertes der Förderung — worauf sich die Vorlage als vorbildlich beruft — hatte zur Folge, daß auch die Werke, die mit Zubuße arbeiteten, trotzdem die Steuer entrichten mußten. Das war ein Hauptbeschwerdepunkt der damaligen Bergwerksbetreiber in ihrem Kampfe gegen die Bergwerksabgaben. Außerdem ist in der Vorlage keineswegs überzeugend klargestellt, warum zwar die Brikett-, aber nicht die Koks- und die hierbei abfallende außerordentlich hochwertige Nebenproduktionsgewinnung besteuert werden soll! Gerade die Zechen mit großer Koks- und Nebenproduktengewinnung sind eben durch diese meistens die ertragreichsten.

Diese Bemerkungen mache ich von der Voraussetzung ausgehend, daß die Betriebsinhaber und Verkäufer die Steuern zu tragen hätten. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ein sehr großer Teil der Betriebsinhaber ganz ohne Werksüberschüsse bleiben würde, wenn sie 20 Proz. von dem Verkaufspreis ihrer Förderung oder Fabrikation an den Steuerfiskus abgeben müßten. Diese schematische Besteuerung geschähe, wie gesagt, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Einzelwerke. Aber die Vorlage will ja gar nicht die Besteuerung der „Produzenten", sondern die der Verbraucher und enthält demgemäß sogar besondere Vorschriften für die Abwälzung der Steuer! Dadurch wird das Projekt natürlich nicht annehmbarer für einen sozial denkenden Menschen.

Die im Anhang der Regierungsvorlage mitgeteilten Preistabellen und Berechnungen der Verbrauchsbesteuerung reichen bei weitem nicht aus zur Beurteilung der gegebenenfalls eintretenden Belastung. Erstlich ist ein Vergleich der auch mitgeteilten englischen und amerikanischen mit den deutschen Preisen nicht ohne weiteres zulässig. In England und Nordamerika bestehen noch keine Verkaufssyndikate von der Art, wie sie in Deutschland den Kohlen-, Koks- und Brikettverkauf beherrschen. Die von drüben mitgeteilten Preise sind allerdings weit stärker hinaufgetrieben als die unserigen, aber die ausländischen Preisangaben nennen die Verkaufspreise und noch dazu, wie aus den amerikanischen Ziffern klar ersichtlich, die Exportpreise („frei Hafen New York"). Zum Vergleich müssen also auch die deutschen Kohlenexportpreise herangezogen werden. Uebrigens kann es doch nicht unser Ziel sein, es den britischen und amerikanischen Kohlenverkäufern in der ungeheuerlichsten Preistreiberei gleich zu tun. Sodann werden für Deutschland in der Hauptsache nur die „Richtpreise" der Werkskartelle, nicht die tatsächlichen Verkaufspreise angegeben. Nach der Begründung der Steuervorlage sollen jedoch zwecks Besteuerung die „Abrechnungspreise (das sind die Richtpreise) zwischen Zeche und Syndikat zuzüglich aller der Zeche gewährten Nachvergütungen und abzüglich aller dem Syndikat von der Zeche zu leistenden Rückvergütungen" ermittelt werden. „In gleicher Weise ist bei Verkäufen an Händler der Endpreis maßgebend..." Dieser Endpreis also wird bei der Besteuerung zugrunde gelegt, und daher ist es für die Steuerkommission des Reichstags unumgänglich notwendig, authentische Angaben über den gegenwärtigen Endpreis für Kohlen und Briketts zu fordern! Denn hiernach, nicht nach den mitgeteilten Richtpreisen, richtet sich die vorgeschlagene steuerliche Belastung des Verbrauchers. Um auch das an einem Beispiel zu erläutern: Für Ruhr-Anthrazitnuß I beträgt der Syndikatsrichtpreis jetzt 24,50 M. Der von dem Verbraucher (Haushaltung) tatsächlich zu zahlende Endpreis beträgt aber nachweislich ab Zeche ohne Fracht 30 M.! Durch die vorgeschlagene Besteuerung würde sich der Endpreis auf 36 M. erhöhen, während er sich nach der Besteuerung des Richtpreises auf 29,40 M. stellte. Dieses Beispiel zeigt, daß die vorgeschlagene Belastung des Verbrauchers, und darunter sind auch die Millionen ärmlichster Haushaltungen, sich ganz bedeutend höher stellen wird, als es nach den in der Regierungsvorlage mitgeteilten Richtpreisen den Anschein hat.

Muß man die unterschiedslose Besteuerung der Betriebsinhaber nach der Höhe des Kohlenpreises als eine ungerechte bezeichnen, so trifft das natürlich noch in weit höherem Maße zu in Ansehung der Tatsache, daß die vorgeschlagene Steuer den Brennstoff des Millionärshaushalts nicht mehr verteuert, als den Brennstoffbedarf der ärmsten Volksschichten, die heute schon längst in bitterster Not leben. Die Konsequenzen ergeben sich daraus von selbst.

Man muß fragen, warum die Reichsregierung nicht das Handelsmonopol mit mineralischen Brennstoffen vorschlägt, wodurch sie die Handhabe bekäme, die Brennstoffabgabe mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Verbraucher zu regulieren und dabei der Reichskasse doch eine immense Reineinnahme zuflösse. Durch die Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1915 hat sich die Reichsregierung bereits die Aufgabe gestellt — man lese nur den § 2 der Verordnung! —, eventuell den Vertrieb der mineralischen Brennstoffe von Amts wegen zu organisieren und zu kontrollieren! Gesetzt den Fall, die privaten Werksbetreiber hätten gegenüber dieser Verordnung auch nur passive Resistenz geübt, dann mußte doch die Regierung die Verordnung durchführen und damit die privaten Syndikate in öffentlich-rechtliche Institutionen umwandeln. Lag diese Absicht nicht vor, warum erging dann die Bundesratsverordnung? Außerdem hat der Bundesrat unterm 24. Februar d. J. eine weitere Verordnung beschlossen, die Reichskontrollstellen für den Kohlenvertrieb vorsieht. Die Regierung selbst muß also die technischen Schwierigkeiten der Einführung eines Reichs-Kohlenhandelsmonopols nicht für unüberwindlich halten.

Schließlich: Die Aufbringung der für das Reich erforderlichen Mittel erfolgt nur dann nach sozialen Gesichtspunkten, wenn die Unternehmergewinne entsprechend besteuert, wenn ferner die sonstigen Einkommen, die Vermögen und die Erbschaften in progressiver Weise zur Deckung des Reichsbedarfes herangezogen werden.

Die Wiedereröffnung der Reichsduma.

Petersburg, 27. Februar. Duma und Reichsrat haben ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

•

Petersburg, 28. Februar. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. **Die Reichsduma nahm am Nachmittag wieder ihre Sitzungen auf, deren erste in vollkommener Ruhe verlief. Der Präsident hielt eine patriotische Ansprache,** in der er die tapfere Armee pries und die in der Diplomatenloge der Duma versammelten Mitglieder der Konferenz der Alliierten begrüßte.

Nach ihm sprach anderthalb Stunden der Landwirtschaftsminister Rittich über die Ernährungspolitik der Regierung und besonders über die Getreidefrage. Er legte die Maßnahmen dar, die er zu ihrer glücklichen Lösung getroffen habe. Die wichtigste unter ihnen sei die Verpflichtung für die Provinzen, in einem bestimmten Verhältnis Getreidemengen zu liefern, durch die die Bedürfnisse des Heeres, der Bevölkerung und der für die Landesverteidigung beschäftigten Arbeiter vollkommen befriedigt würden.

Nach der Rede des Ministers schlug der fortschrittliche Block einen Antrag vor, **der die Regierung aufforderte, sich zu reorganisieren,** um wirksamer die durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten zu bekämpfen. Vertreter der verschiedenen Parlamentsfraktionen sprachen sodann über die innere Lage des Landes.

Am gleichen Tage nahm auch der Reichsrat seine Sitzungen wieder auf und besprach mehrere weniger wichtige Vorlagen.

Kriegslandbaupläne des englischen Lebensmitteldiktators.

Amsterdam, 28. Februar. Dem Londoner Korrespondenten des „Handelsblad" nach, hat der Lebensmitteldiktator folgende Maßnahmen anempfohlen:

1. Die Feldarbeit wird wöchentlich sieben Tage dauern, 2. in den Kirchen soll von den Kanzeln die Sonntagsarbeit anempfohlen werden, 3. das Pflügen der Felder wird Tag und Nacht fortgesetzt werden, 4. die geschulten unentbehrlichen Arbeiter für die landwirtschaftlichen Betriebe werden nicht zum Militärdienst einberufen werden, 5. die Zivil- und Militärgefangenen, und diejenigen, welche infolge Gewissensbeschwerden den Dienst verweigern, werden zur Arbeit herangezogen werden, und auch die zur Landesverteidigung bestimmten Truppen sollen jeweilig dazu herangezogen werden, 6. überall soll die Rekrutierung der Frauen für die Feldarbeit eingeführt werden, 7. die kleinen Landwirte sollen ermutigt werden.

Der Generaldirektor für Nahrungsmittelversorgung Artur Lee erklärte, daß nur sechs Wochen übrig bleiben, um für die Ernte dieses Jahres zu säen und daß dieses ein Grund sei, die Sonntagsarbeit einzuführen. Dadurch werde nämlich eine ganze Woche gewonnen werden können. In ganz England sollen **überall Motorpflüge in Dienst gestellt** werden. Man beabsichtigt, diese nach Sonnenuntergang mit Acetylenlaternen zu versehen, damit sie bei der Nachtarbeit das nötige Licht liefern. Chauffeure sowie auch andere, die gern mit Motoren umgehen, **werden aufgefordert** werden, sich freiwillig für das Korps der Nachtarbeiter zu melden.

Glaubt Artur Lee, daß er diesen Apparat, der sich auf dem Papier schnell konstruieren läßt, im Handumdrehen in letzter Stunde in ertragreiche Tat umsetzen kann?

Die sozialistische Friedenspropaganda in einem englischen Wahlkampf.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Daß die von den kriegsfeindlichen englischen Sozialisten geführte Propaganda doch nicht so unbedeutend ist, wie die nationalistischen Zeitungen konservativer und liberaler Färbung und besonders auch die Henderson und Genossen behaupten, hat der Ausfall der Nachwahl in Rossendale in Lancashire gezeigt. Wir haben über die politischen Verhältnisse in diesem Wahlkreis schon berichtet. Daß die Liberalen, zu deren festem Besitzstand Rossendale gehörte und die darum auch den Kandidaten für die Koalition ernannten, das Mandat behalten würden, war vorauszusehen. Nicht nur die konservativen Wähler stimmten für sie, sondern auch die regierungsfreundlichen Arbeiterparteiler. So fanden sich 6019 Stimmen für ihren Kandidaten zusammen. Der sozialistische Kandidat, Genosse Taylor, in dessen Programm die Forderung des „Friedens durch Unterhandlungen" an erster Stelle stand, bekam 1804 Stimmen, d. h. an 23 Proz.

Bedenkt man, daß der sozialistischen Friedenspropaganda keine einzige tägliche Zeitung zur Verfügung steht, und daß die Wahl just in die erste Zeit des verschärften Tauchbootkrieges fiel, so ist das Resultat sicher ermutigend für unsere Genossen.

Hilfsdienst in der Türkei.

Konstantinopel, 27. Februar. Die Kammer hat das durch Verordnung bereits in Kraft getretene Gesetz betreffend den **obligatorischen Landwirtschaftsdienst** angenommen. Im Laufe der Debatte wies der Ackerbauminister Scherif Bey auf die durch das Gesetz bereits erzielten günstigen Ergebnisse hin.

•

Die türkische Zweigbahn nach Aegypten.

Konstantinopel, 26. Februar. **Kammer und Senat genehmigten einen Kredit von 350 000 Pfund an die Verwaltung der Hedschasbahn. Im Laufe der Debatte im Senat erteilte ein Vertreter dieser Verwaltung Aufschlüsse über die Verwendung der Kredite sowie über den Bau der nach Aegypten führenden Zweigbahn, von der bereits 230 Kilometer vollendet seien.**

Stillstand auf allen Fronten.

Von Richard Grädle.

Man hört immer wieder die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges aussprechen. Den Wunsch danach haben wir wohl alle; die große Mehrheit unseres Volkes ist auch sicher bereit, die schönsten Kriegsziele zu beschneiden, wenn man dadurch den Frieden einen Tag früher haben kann. Wir werden das kleine Wörtchen „bald" doch ein wenig strecken müssen, wenn es einen vernünftigen Sinn erhalten soll. Ein Krieg, der nun mehr als zweieinhalb Jahr dauert, gewinnt es nicht so rasch über sich, sich selbst im Sturmschritt sein Grab zu graben. Nur langsam bereiten sich in diesem schweren Ringen, in dem alle Völker ihr Letztes hergeben, die großen Entscheidungen vor. Ist endlich ihre Stunde gekommen, so ist es noch immer fraglich, ob sie wie ein Orkan rasch vorüberziehen oder wie ein schleichendes Fieber langsam dem Ende zuwanken werden. Noch kein Mensch kann darüber in dieser Stunde ein sicheres Urteil haben, nicht einmal die Männer am Steuerruder. Der Zufall, die Entschlüsse des Gegners, seine Widerstandskraft bringen in den Krieg ein Element des Unberechenbaren, das ihn letzten Endes zu einem Glücksspiele macht.

Wir setzen unsere Hoffnung auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg; wie schnell er aber wirken wird, können wir nur schwer berechnen. Denn die Unterlagen unseres Urteils sind ungewisse. Wie weit daher auch unsere Hoffnungen gehen mögen, so müssen wir immer, wenn wir uns nicht schädlichen Rückschlägen aussetzen wollen, bedenken, daß Hoffnungen noch keine Tatsachen sind.

Uebrigens soll der U-Boot-Krieg nicht nur die schon jetzt bestehenden Ernährungsschwierigkeiten unserer Feinde vervielfältigen, sondern zugleich unmittelbar auf ihre militärische Widerstandskraft einwirken, indem er ihre Zufuhr an Kriegsbedarf aller Art einschränkt, die bisher in reicher Fülle aus den „friedliebenden" Vereinigten Staaten zuströmte. Er soll auch den Bezug unentbehrlicher Rohstoffe unterbinden, wie Eisenerze, Schwefel, Salpeter, Kohlen, Holz, die unseren Feinden zur Verlängerung des Krieges unentbehrlich sind. Wie rasch er auf diesem Gebiete wirken kann, wird natürlich in hohem Maße von dem Stapel dieser Waren und Geräte abhängen, den jene bereits aufgehäuft haben.

Darüber werden uns wohl erst die nächsten größeren kriegerischen Ereignisse unterrichten. Man kann aber nicht einmal sagen, daß sie schon jetzt ihren Schatten vorauswerfen. Welche Absichten auch unsere Gegner haben mögen, bisher haben sie noch nichts von ihnen verraten. Allerdings haben sie uns, wie noch in jedem Winter, mit den großen gemeinsamen Angriffen des Frühjahrs und des Sommers bedroht — das sind allgemeine Redensarten, die sich verwirklichen mögen oder auch nicht mögen. Allerdings spricht manch innerer Beweggrund für einen letzten, großen Angriffsversuch, ohne den sie ihre Völker schwerlich noch lange bei der Stange halten können. Denn daß unter der Oberfläche eines verzweifelten Kriegswillens die Friedenssehnsucht bei ihnen mehr und mehr Boden gewinnt, dürfen wir nach allen Nachrichten, aus Presseäußerungen und Parlamentsreden, auch aus den wachsenden Angriffen gegen leitende Männer der Weststaaten und aus dem zunehmenden Chaos in Rußland wohl entnehmen. Ich habe daher mit der Absicht eines neuen allgemeinen Angriffs stets gerechnet. Wann und wo dieser aber eintreten wird, das liegt noch im Dunkel der Zukunft verborgen.

Wir wissen nicht einmal, wie weit ihre Vorbereitungen gediehen sind, weder was den Schießbedarf und das Gerät, noch was die notwendigen Menschenmassen anbetrifft. Nur soviel dürfen wir uns wohl sagen, daß sie wachsende Schwierigkeiten finden, die ungeheuren militärischen Anforderungen mit den Bedürfnissen ihres Wirtschaftslebens noch in Einklang zu bringen. Das gilt für sie alle ohne Ausnahme. Ich muß auch ehrlich bekennen, daß ich mit dem viel besprochenen und je nach den Bedürfnissen des Augenblicks gemodelten Worte: „navigare necesse est, vivere non est necesse" (Schiffahrt treiben ist nötig, leben ist nicht nötig) nichts anzufangen weiß, am wenigsten in Anwendung auf den Gegensatz zwischen Wirtschaftsleben und Krieg. Denn das Leben selbst ist die Grundlage des Krieges, wie sehr er auch das Leben zu vernichten bestrebt sein mag. Ohne Leben kein Krieg! Hochtönende Redensarten zerbrechen an der rauhen Wirklichkeit der Dinge. Wie wenig der Krieg auch eines hohen Schwunges der Seele und einer eisernen Willenskraft entraten mag, so hängt doch letzten Endes sein Ausgang von rein stofflichen Dingen ab, die der zügelnden Hand der Vernunft und der Organisation bedürfen. Der Krieg ist die schwerste Aufgabe, die der menschlichen Organisationskraft geboten wird; er stellt die höchsten und letzten Ansprüche an sie.

Ich bin daher nicht erstaunt, wenn sich neuerdings Stimmen bei unseren Gegnern melden, die vor einer Verfrühung des Angriffs warnen, ehe alle Vorbereitungen beendet und vor allen Dingen ehe man wisse, was der Deutsche vorhabe. Eine ungewollte Verbeugung gegen Hindenburgs Feldherrnkunst! Die anscheinende Ruhe an unseren Fronten, die Unsicherheit über unsere Absichten fällt manchen dort drüben auf die Nerven. Es ist wichtig, solche Symptome zu beachten, weil sie unser eigenes Vertrauen stärken, wenn wir auch nicht wissen, inwieweit sie in der Brust der feindlichen Heeresleitungen Zweifel und Unsicherheit geweckt haben. Manchmal könnte es fast scheinen, als seien die einzelnen Staaten unserer Gegner über die Aufgaben noch immer nicht völlig einig, die jedem von ihnen in dem künftigen Ringen zufallen sollen. Die Italiener fürchten — oder geben vor zu fürchten —, daß sie selbst einem Angriffe unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen ausgesetzt seien; in Rußland scheinen die Offensive oder Defensive in einem gegenseitigen Intrigenspiele miteinander zu leben, wie es dem Wesen des zarischen Despotismus entspricht. Franzosen aber und Engländer sind sich nicht einig über die Opfer an Blut, die der eine oder der andere für die gemeinsame Sache zu bringen hat — oder noch bringen kann.

Möglicherweise sind es doch innere Ursachen mehr, als der Regen und Schlamm im Westen, der Kälterückfall im Osten, die auf den Stillstand der Ereignisse von Einfluß sind, der bisher auf allen Kriegsschauplätzen fortgedauert hat. Die vergangene Woche ist jedenfalls noch ruhiger verlaufen als die vorhergehende, in der immerhin einige größere Unternehmungen unsere Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Erkundungsflüge der Luftwaffe, Streifen gegen die militärischen und industriellen Anlagen hinter der Front, Vorstöße kleinerer oder manchmal größerer Abteilungen gegen die feindlichen Gräben hüben und drüben, die letzten Endes auch nur Aufklärungszwecken dienen, hier und da ein Aufleben der Geschütztätigkeit unterbrachen lediglich die starre Ruhe der fast unverändert einander gegenüberlagernden Heere. Es ist kein Wunder, daß in diesem Kleinkriege sich manchmal beide Seiten den Erfolg zuschreiben; auch ein glückliches Eindringen in die feindlichen Stellungen endet schließlich mit einem Rückzuge, nachdem es seinen Zweck erfüllt, Gefangene und Beute eingesammelt hat.

Nur in den Waldkarpathen hat sich der Russe seit sehr geraumer Zeit zum ersten Male wieder gerührt an einer Stelle, an der er im Herbst mit besonderer Beharrlichkeit vorzustürmen pflegte. Es ist die Stelle, wo am Tartarenpaß die galizische Front unserer Verbündeten mit ihrer Gebirgsstellung in einem einspringenden Winkel zusammengeschweißt ist. Hier suchte der Gegner immer und immer wieder den Zusammenhang zu lösen und den Zugang zur ungarischen Tiefebene sich zu erzwingen. Am 23. Februar hat er dort nach siebenstündiger Artillerievorbereitung erneut angegriffen und den vergeblichen Versuch am folgenden Tage mit gleichem Mißerfolg wiederholt.

Im Westen aber hat sich im Sommegebiet am 26. Februar die Gefechtstätigkeit im Sailly-Abschnitt gesteigert. Da dies eine der blutigsten Kampfstätten der Sommeschlacht ist, so ist es möglich, daß sich stärkere englische Angriffe dort vorbereiten. Wie lange im übrigen die verhältnismäßige Ruhe noch dauern wird, ist durchaus ungewiß.

Nr. 59. — 1917. **Unterhaltungsblatt des Vorwärts** Donnerstag,

Kurz treten!

Eine Somme-Geschichte.

Die Kompagnie marschierte im Gänsemarsch. Der Mond schien, und auf den Stahlhelmen lag ein schwacher Glanz.

Als erster marschierte der Führer, ein Grenadier, den die abzulösende Kompagnie aus der vorderen Linie zurückgeschickt hatte. Dann kamen der Kompagnieführer, der Unteroffizier Seelachs, der Gefreite Sprotte, als fünfter der Soldat Reinhold Zinke und dann das ganze andere „Gehottch", wie es so bei Soldaten heißt.

Nur mühsam kam die Kompagnie vorwärts. Der Schlamm stieg bis zu den Knien. Zerrissene Drähte, Drahthaufen, entwurzelte Bäume, zerschossene Feldbahnschienen und unzählige Granattrichter erschwerten das Vorwärtskommen ganz beträchtlich. Wenn der vorderste über einen zerrissenen Draht hinwegstieg, rief er „Draht", oder wenn ein Granatloch sich über den Weg lümmelte: „Loch". „Draht — Draht — Draht" oder „Loch — Loch — Loch" ging es dann von Mann zu Mann durch die ganze lange Kette.

Die Kompagnie kam dem Sperrfeuer, das über den vorderen Linien lag, immer näher.

„Kurz treten!" rief da der Zinke Reinhold mit einer Stimme wie ein zorniges Raubtier. Er lief zwar dicht hinter seinem Vordermann, und der Schritt war auch wirklich nicht allzu rasch, doch „Kurz treten!" schrie er aufs neue. Das war seine Gewohnheit. In diesem Kurztreten entlud sich die Spannung, die sich bei jeder Ablösung seiner Sinne bemächtigte.

„Kurz treten!" — „Halt'n Rachen!" fuhr ihn der Gefreite Sprotte an.

Sie kamen dem Sperrfeuer, das augenblicklich auf dem Hohlweg lag, immer näher.

„Kurz treten!" schrie der Zinke Reinhold, diesmal eine Oktave höher. Und „Oh, ihr eeelenden Banditen!" fügte er wütend hinzu.

Dabei hatte er den Warnruf „Loch", der von vorn kam, überhört und wie ein Schlitten glitt er in den tiefen Granattrichter hinab. Er versank sogleich bis an die Hüften in Schlamm. Der Stahlhelm fiel ihm wie eine tote Lerche vom Kopfe. Das Gewehr legte sich wie eine Brücke über den Schlamm. Zunächst war er einfach sprachlos. Als er schließlich seine Sprache wieder fand, schrie er wie ein Besessener aus dem Loche heraus: „Kurz treten. Oh, ihr eeeeelenden Banditen." Gleichmäßig, wie eine Schnur, von einer unsichtbaren Winde aufgerollt, stapfte die Kompagnie vorüber. „Loch — Loch" ging es von Mann zu Mann. Jeder hatte mit sich selbst genug zu tun, keiner achtete auf Zinke Reinhold, der wie ein Schlammbeißer in seinem Loche herumwirtschaftete. Als der letzte Mann längst vorüber war, gelang es ihm schließlich, sich aus dem Schlamm zu befreien. Die Stiefel hatte der Schlamm behalten. Der Stahlhelm war wie ein leckes Schiff untergegangen. Das Gewehr hatte er noch vorm Versinken packen können. Nun wackelte er, barhäuptig, barfüßig, das Gewehr auf dem Rücken, in der Richtung auf den Hohlweg weiter.

Alle zehn Schritte blieb er müde und naß stehen und allem Sperrfeuer zum Trotz brüllte er in die Mondnacht hinaus: „Kurz treten. Oh ihr eeeelenden Banditen." Kein Mensch hörte ihn. Er war ganz allein. Eine Reihe zerschossener Weidenstümpfe, die im Mondlicht etwa 100 Meter von ihm standen, sah er für die Kompagnie an. „Kurz treten. Oh, ihr eeeelenden Banditen," schrie er ihnen nach. — — —

Die Kompagnie hatte mittlerweile in der vorderen Linie abgelöst. Als die erste Gruppe vor ihrer traurigen Dachshöhle angelangt war, fehlte einer: Reinhold Zinke.

„Hat ihn denn jemand herausfallen sehen?"

„Naa."

„Wo hat er denn zum letzten Male Kurztreten geschrien?"

„Bei der Feldbahn."

„Na, denn gute Luft."

Die Posten wurden aufgestellt. Als sie fast eine Stunde lang bei ihren Gewehren und Handgranaten standen, sahen sie zwischen den deutschen und englischen Linien eine Gestalt herumstolpern. Der Grabendienst schoß sogleich eine Leuchtkugel hoch.

„Ja, da ist was," sagte der linke Posten.

„Horch!"

„Kurz treten! Oh, ihr eeeelenden Banditen!" klang es ganz deutlich herüber.

Zinke Reinhold. Er war eben dabei, in seiner Verwirrung zum Tommy hinüberzustolpern. Rasch holten ihn ein paar Kameraden herein. Barfuß, keuchend, atemlos, schwitzend und stoßweise fluchend, das Gewehr über der Schulter, den Spaten ins Sturmgepäck eingeschnallt, stand er vor seiner Gruppe und japste: „Warum könnt ihr (Atempause) nie (Atempause) kurz treten (Atempause). Oh, ihr eee (Atempause) eeelenden Banditen."

„Na, sei ruhig," sagten die Posten, „krieche nur in deinen Stall, Reinhold."

Er setzte sich auf die Erdstufe in der Dachshöhle, wickelte die Füße in Sandsäcke und schlief sofort ein. Er mußte einen schweren Traum träumen. Drei-, viermal schrie er wie ein zorniges Raubtier: „Kurz treten. Oh, ihr eeeelenden Banditen."

Utffz. Robert Friedel.

*

Diese Erzählung entstammt der „Liller Kriegszeitung", die ausschließlich von Soldaten geschrieben, gesetzt und gedruckt wird. Ihr Redakteur L. Hoecker hat bereits in Buchform die vierte Auslese davon veranstaltet, die Gedichte, Skizzen, Stimmungsbilder, Anekdoten, Witze und sonst allerlei enthält. Die eingestreuten Bilder sind künstlerisch wie technisch von bemerkenswerter Qualität. (z)

Rettung aus gesunkenen Unterseebooten.

Gibt es eine Rettung aus einem gesunkenen Unterseeboot? Auf diese Frage, die uns heute mehr denn je interessiert, antwortet die New Yorker Zeitschrift „Popular Science Monthly" mit einem tröstlichen Ja. Es sind immerhin doch schon einige Erfindungen gemacht, um das Unterseeboot zu retten, wenn es nicht tiefer sinkt als hundert Meter. Da ist in erster Linie der schwimmende, abhebbare Kommandoturm. Dieser Turm enthält alle Einrichtungen eines gewöhnlichen Kommandoturmes, aber Dinge, wie zum Beispiel das Steuerrad, müssen in zwei Teilen hergestellt sein, die auseinandergenommen werden können, wenn der Turm sich vom Rumpfe des Unterseebootes loslöst. Eine Ankerwinde erhebt sich an beiden Seiten des Turmes, und über jede ist ein Tau gewunden, dessen Enden am Rumpfe des Unterseebootes befestigt sind. Vier große Bolzen halten den Turm am Bootsrumpfe fest. Sollte irgend etwas schief gehen, so klettert die ganze Besatzung in den Turm, schließt die Luke hinter sich, läßt Sauerstoff von den Behältern ausströmen, löst die Bolzen los und der Turm, nur noch mit den Tauenden am Schiffsrumpf hängend, steigt empor. Durch Handgriffe an den Ankerwinden kann die Schnelligkeit des Aufstiegs geregelt werden, und sobald die Oberfläche des Wassers erreicht ist, können die Fenster geöffnet und Hilferufe in Gestalt von Lichtsignalen hinausgeschickt werden. Diese Erfindung ist aber nur wirksam, wenn das U-Boot nicht tiefer als etwa hundert Meter sinkt. In noch größerer Tiefe ist keine der bekannten Erfindungen von Nutzen, denn der Wasserdruck ist dann so stark, daß das U-Boot zerdrückt wird.

Eine andere Erfindung sieht zwei besondere Räume im Unterseeboot vor, von denen aus die Mannschaft durch Luken bis auf die Spitze des Bootes kommen kann. Um die Luken zu öffnen, muß durch ein Ventil Wasser in die Räume gelassen werden, bis sie vollständig gefüllt sind. Auf diese Weise wird der Wasserdruck, der oberhalb der Luken lagert, vermindert. Um aufzusteigen, legt die Mannschaft leichte Taucheranzüge an. Diese Anzüge enthalten Sauerstoffapparate, die nicht nur ein Ersticken, sondern auch ein Zusammendrücken der Körper durch den Wasserdruck verhüten. Drei bis vier Mann können zu gleicher Zeit aufsteigen, die wasserdichte Tür hinter sich schließen, dann das Wasser einlassen, die Luke öffnen und hinausklettern. Sind sie glücklich hinausgekommen, so kann die Luke durch eine Vorrichtung geschlossen werden, die vom Innern des Bootes her gehandhabt wird. Dann wird das Wasser aus den Hohlräumen durch eine Handpumpe in den Ozean hinausgepumpt, und dann können wieder drei oder vier der im Wasser Gefangenen auf dieselbe Weise zu entkommen suchen. Wenn die ganze Mannschaft oben auf dem Boote angekommen ist, so lassen sie eine Boje los, die nach oben geht und an der ein Tau herunterhängt. An diesem Tau müssen dann die Menschen im Taucheranzug hinaufklettern. Der Taucheranzug ist so eingerichtet, daß er dem Wasserdruck möglichsten Widerstand entgegensetzt. Dadurch, daß der kleine Zylinder, der an ihm befestigt ist, Sauerstoff enthält, der mit dem ungeheuren Druck von etwa 150 Tonnen pro Quadratmeter eingepreßt ist.

Als weiteres Rettungsmittel kommen dann noch zwei Bojen in Frage, die oben an Deck des U-Bootes befestigt sind. An jeder Boje hängt ein Tau und ein biegsamer Schlauch, und gerade unter der Stelle, wo die Boje festgehalten wird, ist im U-Boot ein Raum, in den die Mannschaft bei Gefahr flüchten kann. Man läßt die Bojen los und sie tragen Tau und Schlauch mit sich. Durch Luftpumpen, die mit dem unteren Ende des Schlauches in Verbindung stehen, kann eine unbegrenzte Menge von frischer Luft zu den Versunkenen hineinströmen. Die Menschen müssen aber in den beiden Räumen eng zusammengedrängt so lange warten, bis ein hilfreicher Dampfer auf die Notsignale, die durch die Boje entsandt worden, herbeieilt. (z)

Ein neues Gas.

Trigas ist der Name eines neuen hochwertigen Heizgases, dessen Herstellung der Dellwik-Fleischer Wassergasgesellschaft in Frankfurt a. M. unter restloser Kohlenvergasung gelungen ist. Das neue Gas ist ein Gemisch von Wassergas, Leuchtgas und geringen Mengen von Generatorengas und wird in eigens konstruierten Gaserzeugern (System Dolensky) durch eine neue Methode, Innenheizung mit Gas und Heißblasen mit Dampf, gewonnen, und zwar gestattet das Verfahren die Verwendung aller Stein- und Braunkohlensorten, einerlei, ob hoch- oder minderwertig; sie werden vollständig in Gas, Teer und Ammoniak aufgelöst, so daß nur Asche und vollständig ausgebrannte Schlacken zurückbleiben. Die Betriebsweise ist sehr einfach und kann ohne jede Aenderung in der Weise geregelt werden, daß mit einer Zentralsteuerung ganz nach Wunsch die Erzeugung mehr auf Gas oder Oel oder auf Ammoniak gerichtet wird. Der Heizwert des Trigases beträgt zwischen 2500 und 3500 Wärmeeinheiten; es ist leichter als Heizgas und entwickelt eine höhere Verbrennungstemperatur als Leuchtgas, eignet sich also hervorragend zu Industrie- und Heizungszwecken. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die hohe Wirtschaftlichkeit des neuen Verfahrens; der Erlös für Teer und schwefelsauren Ammoniak deckt die Unkosten bei Verwendung von Braunkohlen vollständig; bei Benutzung von Steinkohlen betragen nach Abzug des erwähnten Nebenerlöses die Unkosten für etwa anderthalb Kubikmeter Trigas noch nicht einen Pfennig. Bei der sinnlosen Verschwendung wertvollster Güter, die die Verfeuerung unverkokter Kohlen bedeutet — jahraus jahrein gehen dem deutschen Nationalvermögen auf diese Weise etwa 1200 Millionen Mark verloren — wäre zu wünschen, daß die durchgreifende allgemeine Einführung der restlosen Kohlenvergasung mit zu den wichtigsten Aufgaben des kommenden Friedens gerechnet wird.

Notizen.

— Ein Jubiläum der „Freien Stunden". Zwei Jahrzehnte hat die Wochenschrift „In Freien Stunden" nun hinter sich. Der soeben von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene 40. Band erweist von neuem das Bestreben, der Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete der unterhaltenden und belehrenden Literatur einen fesselnden Stoff zu liefern. Das Hauptstück des neuen Bandes bildet „Der Sonnenwirt" von Hermann Kurz, ein Roman, der die Schuld der Gesellschaft am Werden des Verbrechers in ergreifender Darstellung aufweist. Josef Damberger hat dazu die Bilder gezeichnet. Von besonders zeitgemäßem Interesse ist der zweite Roman: „Pulver und Gold" von Levin Schücking. Er spielt 1870/71 und läßt aus kriegerischen Konflikten die versöhnliche Stimme der Liebe und Menschlichkeit ertönen. „Seegeschichten" von Edmund Hoefer führen den Leser dann auf und übers Meer, und kleinere Skizzen vollenden die bunte Reihe von Erzählungen. — Der belehrende Teil des Bandes weist Aufsätze aus den verschiedensten Wissensgebieten auf und erläutert sie vielfach durch Illustrationen.

— Vorträge. In der Sitzung der Gesellschaft für Erdkunde spricht am Sonnabend der Professor der Geologie an der Universität Stambul, Dr. Walther Penck über: „Bosporus und Dardanellen" auf Grund seiner eigenen Untersuchungen.

— Reclams Verlagsbuchhandlung hat den wegen Kohlenmangel einige Zeit stillgelegten Betrieb wieder aufgenommen und hofft, künftig nicht mehr an der Auslieferung ihrer gerade im Kriege vielbegehrten Reclamhefte und ihrer Wochenschrift „Universum" behindert zu sein. — Es bleibt eine nationale Ehrensache, daß dergleichen nicht wieder vorkommt.

— Der 100 000. Sonntag der christlichen Zeitrechnung fällt, wie ein Engländer ausgerechnet hat, auf den 8. Juli 1917. Wer Lust dazu hat, kann diesen Sonntag mit besonderen Betrachtungen erfüllen.

30]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

Auf den Knien schleppte sie sich bis zum Schreibtisch und wollte seine Füße umfassen. Er aber versetzte ihr einen Fußtritt und tat, als schreibe er etwas in das Buch ein.

„Am Freitag hast du dich zur Revision zu melden!"

Ein furchtbarer Schrei entrang sich ihrer Brust.

Tagejew vernahm ihn mit Freude, denn er sah darin den Weg geebnet, auf den er Juzia führen wollte. Er nahm einen Petschaft vom Schreibtisch und begann ihn geräuschvoll aufs Buch zu drücken.

„Nimm das und scher' dich fort! Nach der Kanzlei! Dort wirst du ins Hauptbuch eingeschrieben. Solltest du dich einmal nicht stellen, dann kommt der Schutzmann zu dir und schleppt dich her."

Er drückte ihr das Buch in die Hand, aber sie schleuderte es zur Erde, als hätte sie eine Schlange berührt.

„Ich nehm's nicht! Und wenn ich krepieren sollte, ich nehm's nicht!" brüllte sie. „Erbarmen Sie sich, Herr Polizeimeister. Ich könnte doch noch heiraten, so aber muß ich auf die Straße!"

„Scher' dich fort!"

Verzweiflung erfaßte sie.

„Ich will tun, was Sie befehlen, Herr Polizeimeister!" stammelte sie. „Ich will Spitzel werden, werde Bücher und Briefe herbringen, ich . . ."

Sie konnte nicht weitersprechen. Sie erstickte an ihren eigenen Worten.

Tagejew sah sie von der Seite an.

„Wirst du auch gehorchen?"

„Ja!"

„Und der Regierung treu dienen?"

Er betonte absichtlich das Wort „Regierung" und verschanzte sich hinter jener Riesenmacht, mit der er auf das Mädchen einen Druck ausüben wollte.

„Jawohl!"

„Schwöre es!"

Das Mädchen sah sich um.

In der Ecke brannte das ewige Lämpchen vor einem Heiligenbild. Er zeigte hin und sagte:

„Schwöre!"

„Das ist doch nicht unsere Mutter Gottes, sondern eure", sagte Juzia und trocknete sich die Augen.

„Du trägst wahrscheinlich eine heilige Reliquie bei dir!"

Juzia zog unter ihrer Bluse an einem zerdrückten Band mehrere Medaillons hervor.

„Nun, schnell!"

„So wahr mir Gott helfen möge, beschwöre ich . . ."

„Daß ich der Regierung treu dienen werde", sprach Tagejew vor.

„Daß ich der Regierung treu dienen werde", wiederholte sie.

„So ist's gut! Jetzt steck' die Medaillons wieder ein und geh' nach Hause! Aber denk daran, wenn du etwas vorlügst oder verheimlichst, dann sieh her, was du zu erwarten hast."

Er hob das Büchlein von der Erde auf und fuchtelte damit drohend in der Luft. Ohne Tagejew anzusehen, wandte sich Juzia zur Tür. Sie war um zehn Jahre gealtert. Es schien ihr, als ginge sie wie im Schlaf. Tagejew wunderte sich, das Mädchen so trotzig und traurig zu sehen.

„Bitte nicht zu lange auf sich warten zu lassen!" sagte er, einigermaßen verlegen, wie er sie anreden sollte.

„Ich komme!"

Sie drückte auf die Türklinke und ging hinaus.

Er eilte ihr nach.

„Noch eins", sagte er mit befehlender Stimme, „vor Markowski oder irgendeinem Menschen kein Wort, was zwischen uns vorgegangen ist, sonst kommen Sie hier oder am Ende der Welt unter die Prostituierten, mein Fräulein! Haben Sie verstanden?"

„Ja!"

Sie öffnete die Tür und ging hinaus. Mit langsamen Schritten sich am Geländer festhaltend, ging sie die Treppe hinunter. Als sie im Tor war, traten ihr die Tränen wieder mit ganzer Macht in die Augen.

„Jesus! „Jesus!" stöhnte sie leise und hielt das Tuch vor den Mund, um nicht in lautes Schluchzen auszubrechen.

„Spitzel! Spitzel!" tönte es ihr in den Ohren. „Spitzel! Es blieb mir keine andere Wahl. Was sollte ich machen in meiner Verlassenheit . . ."

Lange stand sie so im Tor, obgleich viele Menschen die Treppe hinaufstiegen und herunterkamen. Niemand achtete auf das an die Wand gelehnte Mädchen. Man sah so oft weinende Frauen, — nach dem Verhör bei Tagejew, daß es auf eine mehr oder weniger nicht ankam.

XVI.

Was in Klitzkis Seele vorging. — Die zweite Liebe. — Der Befehl zur Abreise. — Klitzki hält um Janka an. — Klitzkis Kampflust. — Der Abschied. — Kazjos Auftrag. — Die Ahnungen der Frauen.

Klitzki erhielt des Morgens einen Brief von seinem Kompagnon, der ihn nach Hause berief. Man brauchte ihn im Atelier. Der Abschied von Janka fiel ihm recht schwer, aber außerdem war es noch etwas anderes, das ihm das Herz bange machte.

„Es ist," sagte er, „als ließe ich hier einen hoffnungslos Kranken zurück, der meinem Herzen nahesteht."

Er sah zum Fenster hinaus und ließ seinen Blick über das elende, traurige Städtchen schweifen, das ihm vor wenigen Tagen noch so fremd schien. Jetzt war es ihm ans Herz gewachsen. Plötzlich klopfte jemand an die Tür.

„Wer ist da?"

„Der Schutzmann!"

„Bitte, treten Sie ein!"

Semipudow trat ins Zimmer. Ohne mit dem Gesicht zu zucken, meldete er Klitzki, daß der Wachtmeister ihn in der Kanzlei erwarte.

„Was will man von mir?" rief Klitzki in höchster Erregung.

„Ich weiß nicht," sagte Semipudow ruhig, aber er postierte sich vor der Tür, zum Zeichen, daß er ohne Klitzki das Zimmer nicht verlassen würde.

„Der Teufel soll euch holen!" rief Klitzki. Er wußte, daß ihm sein Widerstand nichts helfen würde, und seine Nerven waren infolge der fortwährenden Vorgänge mit Tagejew und der Polizei so gereizt, daß er so schnell als möglich in den Besitz seines Passes gelangen und abreisen wollte. Nun hatte er die Absicht, vor seiner Abreise bei Horski um Jankas Hand anzuhalten.

„Ich bin bereit," sagte er zu dem Polizisten, als er fertig angekleidet mitten im Zimmer stand.

Der Gedanke, unter polizeilichem Geleit durch die Stadt zu gehen, belustigte ihn. Er fühlte hierin Tagejews Rache und nahm sich vor, dem Polizeimeister die Freude zu verderben, sich nicht zu widersetzen, sondern freiwillig zur Polizei zu gehen. Im Tor begegnete er jenem Gutsbesitzer aus Litauen, der sowohl ihn wie Semipudow scharf musterte und ihnen nach einer Weile folgte.

Auf dem Marktplatz angelangt, beschloß Klitzki zuerst bei Hoski vorzusprechen und ging auf dessen Haus zu.

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Figaros Hochzeit.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Das Konzert.**
Volksbühne, Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Weh dem, der lügt!**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
7 Uhr, z. 100. Male: **Ein Traumspiel.**
Komödienhaus
7½ Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater
7.30 Uhr: **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7½ U.: **Komödie der Worte.**
Freitag 8 Uhr: **Pfarrer v. Kirchfeld.**
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Reisebegleiter.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr:
Der Balkanzug
und die befreite Donau.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr
Trotz des großen Erfolges nur noch kurze Zeit
Zwei helle Berliner
Vorher 7½ Uhr **bunter Teil.**
Anfang des Stückes 8½ Uhr.
Sonntag 4 Uhr: **Die Sache klappt.**

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer - Ballett a. d. Oper „Der Prophet" und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Theater für Donnerstag, 1. März.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
6½ Uhr: **Die Walküre.**
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**
Kleines Theater
7½ U.: **Der Raub der Sabinerinnen.**
Komische Oper
7½ U.: **Der Puszta-Kavalier.**
Lustspielhaus
100. Aufführung:
7½ U.: **Die schöne Kubanerin.**
Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min.: **Die Csardasfürstin.**
Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**

Gebr. Herrnfeld-Theater
7¼ U.: **Der Stolz der Familie**
Residenz-Theater.
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**
Schiller-Theater O.
7½ U.: **Alt-Heidelberg.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ Uhr: **Die Kammerwahl.**
Z. 1. Male:
Thalia-Theater.
7¼ U.: **Das Vagabundenmädel.**
Theater am Nollendorfpl.
3¼ Uhr: **Der Traum ein Leben.**
7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater
7½ U.: **Gib auf Hedwig acht.**

Circus Busch
Anf. 7½ Uhr. Fernsp. Nrd. 840
Durchschlagenden Erfolg
erzielte die neue
Riesen - Pracht - Wasser-
Pantomime
Die versunkene Stadt
i. 1 Vorsp. u. 4 Akt. v. **Paula Busch**
Vorh. das gr. Zirkusprogramm.
Vorverkauf täglich ab 10 Uhr, für Sonnab. u. Sonntag immer bereits ab Donnerstag.

Zirkus A. Schumann
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Heute und täglich
Das neue März-Programm.
Unglaublich! Unerklärlich!
Kismet!
Verblüffend! Unbegreiflich!
Das orientalische Wunder!
Neu! **„Adolf und Coco"** Neu!
Die beliebten Spaßmacher mit neuem Repertoire.
Neu! Neu!
Antipoden-Spiele mit Hunden.
Emilia Rose.
Das große equestr. Programm und **„Die Seeräuber".**

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Der fidele Bauer.
Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Glücksmädel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Cabaret Feldgrau"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr: Vorstellung zu ermäß. Preisen!
Neues Programm

WINTER GARTEN
Das neue März-Programm
Oscar Sabo
vom Berliner Theater a. G.
Lotte Revo, Luftakt
Luis u. Mohamed, Gymnastik
Ilse Bois, Johnson u. Johnson, Exzentriks, **Smaragda,** dressierte Katzen. Ferner
Hans Wassmann
und
Lillebil Christensen
in
Lillebil's Hochzeitsreise.
Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
Inszenierung von
Max Reinhardt.

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Apollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
½8 Uhr **Heute** ½8 Uhr
und folgende Tage:
Persönliches Gastspiel
des beliebten Filmkünstlerpaares
Wanda Treumann
und
Viggo Larsen
in ihrem Lustspiel:
„Die Scheidungsehe".
Vorher:
Das vollständig neue Varieté-Programm.
Preise der Plätze nicht erhöht.
Vorverkauf: Ab 10 Uhr an der Theaterkasse bei A. Wertheim u. Invalidendank.

Palast
Tägl. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Heute zum 1. Male:
Berlin im Krieg
Revue in 6 Bildern von **Otto Reutter** u. **R. Liebmann.**
Musik v. **Victor Holländer**
Regie: **Dr. Max Zickel.**

Volgt-Theater.
Badstr. 35. Badstr. 35.
Täglich 7½ Uhr:
Der Stabstrompeter
Posse mit Gesang in 3 Akten von Mannstädt.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert**
des **Berliner Konzerthaus-Orchesters**
Leiter: Komponist **Frz. v. Blon.**
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: II. Winterkonzert des Berliner Liederkranz.

Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Am Freitag, den 9. März 1917, abends 8 Uhr, findet eine **außerordentliche**

Ausschußsitzung

im **Kassenlokal,** Berlin S 14, Wallstraße 68, statt. 274/14

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung einer Vereinbarung mit der Landesversicherungsanstalt Berlin, zum Zwecke der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten.
2. Bewilligung von Mitteln zu einer vom Gewerkskrankenverein zu errichtenden Zahn- und Brillenklinik.
3. Aenderung der Dienstordnung.
4. Zustimmung zu der den Angestellten der Kasse bisher gewährten Teuerungszulage.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird höfl. ersucht.

Der Vorstand.
J. Hartmann, Vorsitzender.

Von **Donnerstag, den 1. März d. J. ab** wird der Personenzug **808** zwischen Berlin Anh. Bhf. (ab 6.40 abends) und Jüterbog (an 7.20 abends) wie folgt verlegt:

Berlin Anh. Bhf.	ab 6.30	abends
Gr.-Lichterfelde-Ost	„ 6.44	„
„ Süd	„ 6.50	„
Teltow	„ 6.55	„
Gr.-Beeren	„ 7.02	„
Ludwigsfelde	„ 7.10	„
Thyrow	„ 7.18	„
Trebbin	„ 7.26	„
Woltersdorf	„ 7.40	„
Luckenwalde	„ 7.48	„
Grüna b. Jüterbog	„ 8.02	„
Jüterbog	an 8.10	„

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Zigaretten
direkt von der Fabrik zu Originalpreisen
100 Stück **Kleinverkauf 1,0 Pfg.** 1,00
100 „ „ 3 „ 2,30
100 „ „ 3 „ 2,50
100 „ „ 4,2 „ 3,20
100 „ „ 6,2 „ 4,60
Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stück an.
Zigarren prima Qualitäten, von 100.— b. 200.— M. p. Mille
Goldenes Haus Zigarettenfabrik
G. b. m. H.
Berlin, Friedrichstraße 89.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Beinkranke, **Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstör. i. **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüber **Friedrichstr. 81,** Panoptikum **Königstr. 34-36,** Ecke Neue Friedrichstr. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer. —

Möbel
in allen Preislagen
1-, 2- und 3-Zimmer-Wohnungen empfiehlt in mod. Ausführg.
Julius Apelt, Tischlermst.
Berlin SO., Adalbertstr. 6, [* Hochbahnstat. Kottbuser Tor.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl. Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 3990.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

III. Nachtrag

zur **Satzung** der

Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim - Berlin-Buchholz

vom **13. September 1913** / **31. Oktober 1913.**

§ 47 wird gestrichen.

§ 79 erhält folgenden Wortlaut:

1. Die Mitglieder des Vorstandes haben bei Wahrnehmung von durch das Interesse der Kasse gebotenen größeren Geschäften (Amtsreisen, Sitzungen, Kassenrevisionen usw.) Anspruch auf Entschädigung für den ihnen erwachsenen Zeitverlust und auf Erstattung der baren Auslagen.

2. Als Entschädigung für den Zeitverlust erhalten:

a) und b) der Vorsitzende 5 M. und der Schriftführer 2 M. für jeden Tag der tatsächlichen Ausübung ihres Amtes. Für diejenigen Tage, an denen sie vertreten werden, haben an ihrer Stelle die Vertreter Anspruch auf diese Entschädigungen.

c) Die anderen Vorstandsmitglieder für die Teilnahme an solchen Geschäften 3 M., sofern diese an dem betreffenden Tage einen Zeitverlust von weniger als drei Stunden verursacht hat, 6 M. bei einem Zeitverlust von drei bis sechs Stunden und 10 M. bei einem Zeitverlust von über sechs Stunden.

3. Die Erstattung der baren Auslagen setzt deren Nachweis voraus. Ohne den Nachweis der tatsächlich verauslagten Kosten können die Vorstandsmitglieder bei der Erledigung von Geschäften verlangen:

a) Zehrungskosten im Betrage von 3 M., falls die Geschäfte an einem Tage nicht mehr als fünf Stunden in Anspruch genommen haben, und im Betrage von 5 M., falls sie längere Zeit erfordert haben.

b) Uebernachtungskosten im Betrage von 4 M. für jede notwendige Uebernachtung.

4. Bei den Geschäften in Berlin bleibt die Zeit für die Hin- und Rückreise nach oder von Berlin außer Berechnung.

5. Die Zehrungskosten werden nur dann gewährt, wenn die Entfernung von der Grenze des Wohnortes bis zur Mitte des Geschäftsortes und die Entfernung von der Grenze des Geschäftsortes bis zur Mitte des Wohnortes mindestens je 3 Kilometer betragen.

6. An den Tagen, an denen der Vorsitzende und der Schriftführer lediglich zur Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte in Berlin anwesend sind, werden Zehrungskosten nicht gezahlt.

7. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf die Benutzung der örtlichen Fahrgelegenheiten der 2. Klasse der Eisenbahn und der entsprechenden Klasse der Dampfschiffe. Rückfahrkarten sind, falls erhältlich, zu benutzen.

§ 93 erhält folgenden Zusatz:

Die Mitglieder des Ausschusses haben bei Wahrnehmung von durch das Interesse der Kasse gebotenen größeren Geschäften (Amtsreisen, Sitzungen, Kassenrevisionen usw.) Anspruch auf Entschädigung für den ihnen erwachsenen Zeitverlust und auf Erstattung der baren Auslagen nach den für die Vorstandsmitglieder im § 79 unter Absatz 2c, sowie Absatz 3—7 festgesetzten Beträgen.

Die Zeit für die Hin- und Rückreise von bezw. nach Berlin bleibt ohne Berechnung.

§ 111 erhält folgenden Wortlaut:

Alle Bekanntmachungen, welche die Kasse betreffen, insbesondere die Einladungen zu Wahlen und Ausschußsitzungen, die Bekanntmachung über Aenderung der Krankenordnung, der Höhe der Beiträge und Leistungen, der Zusammensetzung des Vorstandes, sowie der Melde- und Zahlstellen sind im „Niederbarnimer Kreisblatt" und „Vorwärts" zu veröffentlichen.

Der Vorstand ist berechtigt, die Veröffentlichung auch in einer anderen ihm geeignet erscheinenden Weise zu veranlassen und zu den Ausschußsitzungen außerdem schriftlich einzuladen.

Berlin, den 21. Januar 1917.

Der Vorstand.
Kuhn. Schammel. Petzelt. Ackermann. Mau. Kahl. Rühl.
(Stempel.)

Genehmigt.
Charlottenburg, den 17. Februar 1917.
Königl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin.
von Gostkowski.
(Stempel.)
Nr. B.-K. 393/15.

Veröffentlicht.
Berlin, den 1. März 1917.
Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Kühn. 274/15

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kot. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für **alle Krankenkassen**

Gemeindebeschluß

der Stadt Berlin, betreffend die Kriegsfürsorge für teilweise oder völlig erwerbslose Angehörige der Schuhwarenindustrie

§ 1.

Die Stadtgemeinde Berlin errichtet in Verfolg der Bundesratsbestimmung vom 24. Juli 1916 und des Erlasses der Minister des Innern und der Finanzen vom 5. August 1916 eine besondere Kriegsfürsorge für solche Angestellte und Arbeiter der Großberliner Schuhwarenindustrie, die infolge von Arbeitsbeschränkungen ganz oder teilweise erwerbslos geworden und in Berlin wohnhaft sind.

§ 2.

Diese Sonderfürsorge wird getrennt errichtet von der bereits bestehenden allgemeinen Arbeitslosenfürsorge, jedoch mit der Maßgabe, daß dem Magistratskommissar für die Arbeitslosenfürsorge auch die Verwaltung dieser Kriegsfürsorge unterstellt wird. Die Bearbeitung der Angelegenheiten wird der Zentralstelle und den Geschäftsstellen der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge überwiesen.

Zur Unterstützung des Magistratskommissars wird ein besonderer beratender Ausschuß eingesetzt, der aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern bestehen soll.

Mit dem Eintritt der besonderen Kriegsfürsorge für Angestellte und Arbeiter der Schuhwarenindustrie scheiden diese aus der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge aus.

§ 3.

Als Erwerbslosigkeit gilt der Mangel an Arbeit und Verdienst, der auf die behördlichen, mit dem Kriege zusammenhängenden Maßnahmen ursächlich zurückführt. Durch Arbeitsunfähigkeit, freiwillige Aufgabe der Beschäftigung oder eigenes Verschulden veranlaßte Erwerbslosigkeit wird von dieser Fürsorge nicht berücksichtigt.

§ 4.

Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, jede Arbeit, die ihnen angeboten wird, auch außerhalb ihres Berufes und Wohnortes, sowie zu gekürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern ein angemessener Lohn dafür geboten wird und kein triftiger Grund für die Ablehnung geltend gemacht werden kann.

Ueber die Zulässigkeit etwaiger Ablehnungsgründe entscheidet der Magistratskommissar unter Mitwirkung des Ausschusses endgültig.

Arbeitnehmer, die sich dieser Entscheidung nicht unterwerfen, werden von dieser Sonderfürsorge ausgeschlossen und der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge überwiesen.

§ 5.

Soweit die Arbeitnehmer eine anderweitige Beschäftigung erlangen, haben sie von dieser und dem darin erzielten Arbeitsverdienst ihrem bisherigen Arbeitgeber sogleich Mitteilung zu machen.

§ 6.

Für die Bemessung der Unterstützung der nicht völlig erwerbslos gewordenen Arbeiter werden nach der Zahl der ausfallenden Lohnstunden folgende Sätze zugrunde gelegt.

Für minderjährige Arbeiter bis 16 Jahren 14 Pfennig.

	weiblich	männlich
Für Arbeiter über 16 Jahre bis 21 Jahre	17 Pf.	23 Pf.
„ volljährige ledige Arbeiter	19 „	26 „
„ „ verheiratete Arbeiter	23 „	32 „

Die Unterstützung für die Hausarbeiter beträgt mindestens ½ des von ihnen erzielten Verdienstes, sofern der von ihnen in der Woche verdiente Betrag nicht das Neunfache des Ortslohnes (ortsüblichen Tagelohnes) erreicht. Außerdem ist für jedes erwerbslose Kind unter 16 Jahren ein weiterer Zuschuß von 3 Pfennig für jede ausfallende Arbeitsstunde zu berechnen.

Die Unterstützung wird entsprechend gekürzt, soweit der in- oder außerhalb des Betriebes regelmäßig erzielte Verdienst einschließlich der Unterstützung den im § 10 berechneten Satz übersteigt. Die Unterstützung ist in Arbeits- und Lohnbücher einzutragen und als Unterstützung kenntlich zu machen.

Die Höchstgrenze der zu zahlenden wöchentlichen Unterstützungen wird auf das Sechsfache des Ortslohnes (ortsüblichen Tagesentgelt gewöhnlicher Arbeiter) festgesetzt.

Dieser beträgt in Berlin:

	männlich	weiblich
Für Arbeiter unter 16 Jahren	1,30 M.	1,40 M.
„ „ über 16 „ bis 21 Jahre	3,00 „	2,40 „
„ „ „ 21 „	4,00 „	3,00 „

Außerdem gilt für jedes unterstützungsberechtigte Kind als Höchstgrenze der Betrag von 1,50 M. wöchentlich.

Die Arbeitswoche wird gleichmäßig zu 54 Stunden gerechnet.

§ 7.

Voraussetzung für die Gewährung der Fürsorge ist, daß das Beschäftigungsverhältnis der zu Unterstützenden in der Schuhwarenindustrie gegenwärtig nicht durch ein anderes festes Arbeitsverhältnis ersetzt worden ist. Gefangene und Angehörige feindlicher oder neutraler Staaten sind von der Fürsorge ausgeschlossen.

§ 8.

Die Sonderfürsorge für die Schuhwarenindustrie tritt rückwirkend vom 1. August 1916 ab in Kraft.

§ 9.

Die Berechnungs- und Zahlstellen für die Unterstützungen sind die Betriebe der Schuhwarenindustrie für die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer.

§ 10.

In jedem Falle bleibt die Nachprüfung des Unterstützungsbedürfnisses durch die Gemeindebehörde vorbehalten.

Die Bedürftigkeit ist in der Regel als vorhanden anzusehen, wenn der Unterstützte bei teilweiser Erwerbslosigkeit den von ihm erreichten Lohnsatz, den er bei der 54stündigen Arbeitszeit im Durchschnitt der vier letzten voll beschäftigten Arbeitswochen vor dem 14. 6. 1914 erhalten hat, nicht mehr verdient.

§ 11.

Von der aufzubringenden Unterstützung hat das Reich drei Sechstel und der Staat zwei Sechstel übernommen, das verbleibende Sechstel wird vom Arbeitgeber getragen. Diese Abmachungen sind auf dem Wege freier Vereinbarungen getroffen und können durch Eintreten besonderer Verhältnisse wiederrufen werden. Die Gewährung der Unterstützung ist gebunden an die Dauer der Beihilfe von Reich und Staat.

§ 12.

Die Auszahlung der Unterstützung durch die Arbeitgeber erfolgt wöchentlich bei der Lohnzahlung.

Eine Liste der ausgezahlten Fürsorgegelder ist spätestens am zweiten Tage nach der Auszahlung der Gemeindebehörde des Wohnsitzes des Arbeitnehmers einzureichen.

Die Rückerstattung von fünf Sechstel der verauslagten Unterstützung durch die Gemeindebehörde soll baldmöglichst, tunlichst bis zum Tage vor der zweitfolgenden Lohnzahlung erfolgen.

§ 13.

Der Mißbrauch der Fürsorge, insbesondere der Versuch zur Erlangung von Unterstützungen durch unwahre Angaben, Verschweigung von Tatsachen und die Verweigerung der zur Berechnung von Unterstützungen vom Arbeitgeber oder von der Gemeindebehörde verlangten Auskünfte zieht den Ausschluß von der Sonderfürsorge für die Arbeitnehmer der Schuhwarenindustrie nach sich, auch bleibt strafrechtliche Verfolgung vorbehalten.

§ 14.

Die völlig erwerbslosen Arbeiter und Angestellten aus Schuhbetrieben, die nach dem Bundesratsbeschlusse unter diese Fürsorge fallen, für welche die Fürsorge aber von dem Arbeitgebern nicht übernommen wird, werden nach Maßgabe des Gemeindebeschlusses vom 20. Oktober 1916, betreffend die Fürsorge für die Bekleidungsindustrie, unterstützt.

§ 15.

Dem Magistrat bleibt vorbehalten, allgemeine Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 16. Februar 1917.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Bermuth.

F. No. 2 A. F. 17.

Kopenhagener Kautabak
darf nicht mehr eingeführt werden. **Bester Ersatz** ist **Kapitän-Kopenhagener feinster Qualität** in denselben Geschäften.
Erhältlich in den meisten Geschäften.
C. Rücker, Berlin, Grüner Weg 111. (Kgl. 3861.)
Hauptniederlage b. **Kapitän-Tabake** sowie **Nordhäuser u. Mühlh. Kautabake. Zigaretten zu Original-Fabrikpreisen.**

Der Krieg auf den Meeren.

Die gewarnte Jakatra.

Berlin, 28. Februar. (W. T. B.) Eins unserer U-Boote hat am 6. Februar mittags etwa 30 Seemeilen westlich der Scillyinseln im Sperrgebiet den holländischen Dampfer Jakatra angetroffen. Es wurde festgestellt, daß der Dampfer sich mit Getreide für die holländische Regierung auf dem Wege nach Rotterdam befand. Da die Schonfrist für neutrale Schiffe in den fraglichen Gewässern noch nicht abgelaufen war, wurde der Dampfer entlassen, ihm aber dringend geraten, das Sperrgebiet zu verlassen und nördlich und östlich desselben nach Holland zu fahren. Außerdem wurde ihm ein Plan des deutschen Sperrgebiets mitgegeben. Trotz der dringenden Warnung setzte der Dampfer seine Fahrt in Richtung auf den Kanal fort. Die Jakatra hat dann — ob freiwillig oder unfreiwillig, ist hier nicht bekannt — den englischen Hafen Dartmouth oder Falmouth angelaufen. Die Folge davon war, daß sie sich später unter den am 22. Februar aus diesen Häfen auslaufenen und bei den Scillyinseln versenkten holländischen Dampfern befand.

Versenkt.

London, 27. Februar. Lloyds meldet, daß der englische Segler Hannah Croasdell (151 Br.-Reg.-T.) versenkt wurde.

*

Die neueste Schiffsverlustliste der Entente meldet, wie die „Kriegszeitung" aus Genf erfährt, nächst der Laconia drei weitere große englische Dampfer und einen griechischen Dampfer, der für britische Kriegszwecke beschlagnahmt worden war. In Queenstown trafen nach einer Progres-Meldung nebst den von der Laconia Geretteten auch eine Anzahl Passagiere eines anderen versenkten englischen Dampfers ein.

Lord Selburne über die U-Boot-Gefahr.

Amsterdam, 28. Februar. (T. U.) Nach Meldungen aus London hat der konservative frühere Minister Lord Selburne gestern in einer in London gehaltenen Rede über die Gefahren des U-Boot-Krieges gesprochen. Er erklärte, daß nach seiner Meinung Carson vor einigen Tagen in seiner Rede den richtigen Ton getroffen habe. Die **Gefahren des verschärften U-Boot-Krieges seien groß** und England werde wohl in die Klemme kommen, aber seine Flotte werde es daraus erretten.

Deutsche Torpedoboote im Kanal und an der Themsemündung

Die Beschießung der englischen Küste.

Havas zufolge berichtet „Matin" folgende Einzelheiten aus London über die Beschießung der englischen Küste durch deutsche Torpedojäger: Es wurden sechs Explosionen gehört. Der Feind gebrauchte weittragende Geschütze. Eine Granate fiel auf die Stadt Margate. Reuter meldet aus London: Der Flecken zwischen Margate und Croadstars hat am Sonntag am schlimmsten bei der Beschießung gelitten. Leuchtgranaten erhellten die ganze Umgegend. Ein paar Minuten folgte in kurzen Zwischenräumen Granate auf Granate. Selbstverständlich fehlt auch nicht, daß kleine Kinder und ihre Mütter bei dieser Gelegenheit getötet worden sind. Diesmal wurden Mutter und Kind in einem Häuschen am Meere, durch das eine Granate flog, getötet. Von anderen Beschädigungen oder Opfern meldet Reuter noch zwei andere Kinder, die schwer verwundet sind.

Vorgänge an der Westfront.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 27. Februar nachmittags. Südöstlich von Bailly machten wir einen Einbruch in die deutschen Linien und brachten Gefangene mit. In der Gegend von Bezonvaux und in den Vogesen Patrouillenzusammenstöße. Sonst war die Nacht überall ruhig. — Abends: Während des Tages ziemlich lebhafter Artilleriekampf in den Abschnitten von Echelle, St. Aurin und Beuvraignes (südlich der Avre). In den Argonnen bei Vauquois in der Gegend von Bailly scheiterte ein feindlicher Handstreich in unserem Feuer. Wir richteten Zerstörungsfeuer auf die deutschen Anlagen des Malancourtwaldes und im Abschnitt der Höhe 304. In den Vogesen konnten wir bei einem Einfall in die feindlichen Linien südlich des Markircher Passes Gefangene machen. Von der übrigen Front nichts zu melden.

*

Beiderseits der Ancre.

Englischer Heeresbericht vom 27. Februar. Weiterer Fortschritt nördlich und südlich der Ancre. Nachts nahmen wir das Dorf Barque. Heute besetzten wir Ligny und setzten uns in den westlichen und nördlichen Verteidigungsanlagen von Puisieux au Mont fest. Am Morgen machten wir einen Vorstoß in die feindlichen Stellungen südwestlich von Lens; wir zerstörten Unterstände und Maschinengewehrstellungen. Ein anderer erfolgreicher Vorstoß wurde nachts östlich von Armentières durchgeführt. Wir drangen in drei Linien feindlicher Gräben ein, beschädigten die Verteidigungsanlagen stark und machten 17 Gefangene. Die Artillerietätigkeit hielt nördlich und südlich der Somme an.

Die Räumung von Kut el Amara.

Der militärische Mitarbeiter der „Züricher Post" schreibt zur Räumung Kut el Amaras: Militärisch ist die Besetzung der türkischen Verteidigungslinie von Kut trotz der 1700 türkischen Gefangenen von keiner besonderen Bedeutung. Der türkische Bericht führt den Rückzug auf den freiwilligen Entschluß der türkischen Oberleitung zurück. Wenn das zutrifft und die türkischen Kräfte sich mit dem gemeldeten Verlust von 1700 Mann zurückziehen konnten, muß die türkische Verteidigung als gelungen gelten. Das englische Operationsziel ist Bagdad. Solange die Engländer nicht bis zu diesem noch rund 200 Kilometer flußaufwärts gelegenen Handelsplatz vorgestoßen haben, ist der Zweck ihres Vormarsches nicht erreicht. Die Entfernungen sind im Osten zu groß und die Verbindungen der einzelnen Kriegsschauplätze zu dünn, als daß ein Einkilometergewinn ohne Besiegung der gegnerischen Streitkräfte größeren Einfluß haben könnte.

*

Konstantinopel, 28. Februar. Heeresbericht vom 27. Februar.

Tigrisfront. Der Feind befestigte sich vor der ersten Linie unserer neuen Stellung nördlich vom Tigris.

Kaukasusfront. Am 26. Februar vormittags warf auf unserem linken Flügel einer unserer Flieger erfolgreich Bomben auf eine Flughalle des Feindes sowie auf seine Lager.

Galizische Front. Am 27. Februar versuchte der Feind nach Vorbereitungen durch Bombenwerfen einen Teil unserer Gräben mit schwachen Infanteriekräften und Handgranaten anzugreifen, wurde aber nach einem Kampfe unter Verwendung von Bomben zurückgeworfen.

An den anderen Fronten nichts Wichtiges.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

*

Russischer Heeresbericht vom 27. Februar. Kaukasus-Front: Ein Angriff der Türken auf unsere Truppenkörper nördlich von der Straße nach Sivas wurde durch unser Feuer und durch Gegenangriff abgewiesen.

Die Schließung der spanischen Cortes.

Madrid, 26. Februar. (Meldung des Vertreters des Wiener k. k. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die Schließung des Parlaments ist erfolgt, weil die Gesetzesvorlage über die Sekundärbahnen, die noch die Kammer beschäftigen sollte, wegen der Obstruktion keine Aussicht hatte durchzukommen.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Die Mittwochsitzung, in der die erste Beratung des Etats fortgesetzt wurde, begann und endete mit Rednern, die beide über eine starke Rhetorik verfügen und sich dieser Eigenschaft auch in hohem Maße bewußt sind. Die Art ihrer Kunst zu reden, ist freilich grundverschieden, und ebenso verschieden war gestern das Ziel, in dessen Dienst sie ihre rednerischen Eigenschaften stellten. Nur in einem Punkte, nämlich in der Gefahr, aus der angeborenen natürlichen Beredsamkeit in die schauspielerische Pose zu verfallen, führte eine schwanke Brücke von dem einen zu dem anderen.

Herr Schiffer von der nationalliberalen Fraktion sprach an Stelle des erkrankten Herrn Bassermann zur gegenwärtigen politischen Lage und zur gestrigen Rede des Reichskanzlers. Herr Schiffer gehört zu den „Umlernern" auf der bürgerlichen Seite, wie er durch eine Reihe von Veröffentlichungen und Reden bisher schon klar genug zu erkennen gegeben hat. Seine gestrige Rede bewies diese Umwandlung aus einem mehr oder weniger reaktionären Saulus zu einem liberalen Paulus aufs neue. Zwar muß man einschränkend zitieren: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt endlich auch nun Taten sehen." Wir harren der liberalen Taten jetzt und in den wichtigen Jahren der Neuordnung nach dem Krieg. Herr Schiffer enthielt sich als kluger Mann noch eines Urteils, ob die gewaltige Konzentration der Arbeiterorganisationen während des Krieges als gut oder böse zu bewerten sei, er nannte sie zurückhaltenderweise nur „bedeutsam". Aber in dieser wichtigen Frage muß endlich vom Mundspitzen zum Pfeifen übergegangen werden!

Nach einer belanglosen Rede des Vertreters der parlamentarischen Kriegsmischkost, genannt Deutsche Fraktion, und einigen aufklärenden diplomatischen Bemerkungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Dr. Zimmermann über unser Verhältnis zu Dänemark, Holland und den Vereinigten Staaten, trat der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hinter das Rednerpult. Ledebour hatte sich schon neulich bei der Verlesung der Erklärung seiner Fraktion zu den Kriegskrediten als dieser Redner vorgemerkt. Damals war er an einen von der Fraktion vorbereiteten Wortlaut gebunden, eine für einen Ledebour unbequeme Lage. Er entschädigte sich für diesen Zwang am gestrigen Mittwoch durch um so größere Ungebundenheit. Für Ledebour gibt es auch zurzeit nicht in erster Linie ein Deutschland, das in einer Bedrängnis, wie sie nie zuvor in der Geschichte ein Volk erlebt hat, einen Heldenkampf für seine Freiheit führt, sondern lediglich papierne Parteikonzepte von Anno dazumal und einen boshaften Witz, dem der augenblickliche Effekt über alles Verantwortlichkeitsbewußtsein geht. Als Ledebour vor Jahren in den inneren Auseinandersetzungen auf einem Parteitag sich in ähnlich zügelloser Weise über alle Notwendigkeiten des Tages hinwegsetzte, schleuderte ihm Bebel in leidenschaftlicher Empörung die niederschmetternde Kennzeichnung ins Gesicht, die gestern Genosse Scheidemann mit gleichem Rechte und gleicher Wirkung wiederholte. —

Abgeordnetenhaus.

Neuorientierung an den Universitäten.

Der preußische Kultusminister Trott zu Solz, der sich in der Generaldebatte zum Kultusetat über sämtliche Anregungen in tiefes Schweigen gehüllt hatte, leitete am Mittwoch die Debatte über das Kapitel Universitäten mit der Erklärung ein, daß auch er — wenigstens auf diesem Gebiete — von der Notwendigkeit einer Neuorientierung überzeugt sei. Wie er sich diese Neuorientierung denkt, das erhellt aus der von ihm dem Hause unterbreiteten Denkschrift über das Auslandsstudium. In der Erkenntnis, daß wir ein Weltvolk sind und bleiben müssen, sollen die Weltzusammenhänge mehr als bisher studiert werden, eine Aufgabe, die dem Minister als so wichtig erscheint, daß sogar finanzielle Bedenken dahinter zurücktreten müssen.

In der sich anschließenden Erörterung bekam es Abgeordneter Heß (Z.) wieder einmal fertig, in hoher Politik zu machen, seinem Verlangen nach einer gehörigen Kriegsentschädigung Ausdruck zu verleihen und sich in Tönen zu ergehen, die lebhaft an den alldeutschen Jargen erinnern. Aehnlich der konservative Abgeordnete Dr. Irmer, der über die modernen Künstler herzog und die Erziehung des deutschen Volkes zum Weltvolk forderte. Auch Abg. Dr. Traub, das Schreckenskind der Fortschrittlichen Volkspartei, unterschied sich nicht wesentlich von seinen Vorrednern, ja, er ging in gewisser Beziehung noch darüber hinaus, indem er die Stellung der Kirche zum Kriege rechtfertigte und unter lebhaftem Beifall der Rechten die Friedensbestrebungen als unzeitgemäß bezeichnete. Der Kirche, so meinte er, war der Frieden immer lieber als der Krieg, aber das dürfe kein fauler Frieden sein, denn der Friede an sich sei nicht das höchste Gut. Dr. Traub schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung auf den neuen einheitlichen deutschen Geist. An den Stellen, wo der Redner die Haltung der Kirche im Kriege gerechtfertigt hatte und für die deutsche Weltpolitik eingetreten war, war der Beifall rechts viel stärker als der seiner eigenen Fraktion.

Für die Nationalliberalen sprach Dr. v. Campe, für die Freikonservativen Dr. Rewoldt. Beide begrüßten die angekündigte Errichtung der Auslandshochschule als eine Förderung der deutschen Weltpolitik und sie ließen es dabei auch nicht an Unterstreichungen der bekannten Kriegsziele ihrer Parteien fehlen.

Am Schluß der Sitzung wandte sich Ad. Hoffmann gegen Traub und zwar in solcher Form, daß es noch zu einem Skandal kam.

Donnerstag: Weiterberatung.

Eine Justizvorlage.

Dem Reichstag wird voraussichtlich noch im Laufe des Monats März eine Gesetzesvorlage zugehen, welche eine Vereinfachung des Justizwesens erstrebt. Man will die Besetzung der Spruchkammern vermindern und außerdem die Zuständigkeit der Schwurgerichte einschränken. Ein abschließendes Urteil über die Vorlage ist natürlich erst dann möglich, wenn sie vorliegt, aber die Einschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichte dürfte auf alle Fälle auf große Bedenken stoßen.

Reichstagskandidatur. An Stelle des gefallenen welfischen Reichstagsabgeordneten v. Meding haben die Welfen den Grafen v. Bernstorff für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl im Kreise Lychow-Uelzen aufgestellt. — Die Wahl dürfte sich im Zeichen des Burgfriedens vollziehen.

Letzte Nachrichten.

Französische Kammer.

Thomas' Lob der Privatindustrie.

Bern, 28. Februar. Lyoner Blätter melden aus Paris: Die Kammer setzte gestern die Erörterung über den Gesetzesantrag bezüglich der **Requirierung der Bergwerke und Fabriken**, die für die nationale Verteidigung arbeiten und der Reglementierung, Einberufung und Verwendung der militärischen Arbeitskräfte fort. Der Munitionsminister Thomas erklärte, daß die Kriegsindustrie, die zu Kriegsbeginn nur etwa 13 000 Geschosse täglich liefern konnte, aus dem Boden gestampft werden mußte. Damals hätte man die Industrie requirieren können, wenn ein System für die industrielle Mobilmachung in Frankreich vorbereitet gewesen wäre, aber man habe die einzelnen Arbeiter der einzelnen Fabriken, die zum größten Teil infolge der allgemeinen Mobilisation ihren Betrieb einstellen mußten, telegraphisch zurückberufen. **Die Regierung will heute nichts von einer Requirierung wissen.** Die Privatindustrien würden hierdurch schwer gestört werden. Thomas fragte, ob die Regierung vielleicht den Geist der Initiative bei den Privatindustrien auch requirieren könne. (Heftiger Widerspruch auf der äußersten Linken.) Thomas fuhr fort: Wenn er jetzt nach zweijähriger Erfahrung diese These aufstelle, so geschehe es, weil er die Ueberzeugung habe, daß die Industrie am besten den Landesinteressen dienen könne, wenn man sie in dem Zustand wie sie vor dem Krieg war, belasse. (Lebhafte Zwischenrufe von links.)

Die staatlichen und privaten Unternehmungen hätten seit Kriegsausbruch Wunder geleistet. Für Kriegslieferungen und staatliche Unternehmungen seien elf bis zwölf Milliarden ausgegeben und 64 000 Verträge abgeschlossen worden. Der Staat habe **hohe Preise** gewähren müssen als Sicherheitsmittel für schnelle Herstellung. Dafür habe sich der Staat bemüht, die Preise zu kontrollieren und Preisermäßigungen herbeizuführen. Thomas führte sodann aus, daß ein Arbeiter im Landesinnern mit acht bis zehn Franken nicht viel mehr verdiene wie die Soldaten an der Front, deren jeder dem Staat mit Verpflegung ungefähr fünf Franken 10 Centimes täglich kosten, einschließlich die staatlichen Unterstützungen an Frauen und Kinder. Thomas sagte ferner, der vorliegende Gesetzantrag führe die Staatskontrolle über die mobilisierten Arbeiter ein, welche der militärischen Disziplin unterworfen bleiben müßten. Der Abgeordnete Dedion erklärte, das Gesetz nicht gutheißen zu können, worauf der Sozialist Bedouce erwiderte, Dedion tue gut daran, in der Kammer nicht in seiner Eigenschaft als Kriegslieferant zu sprechen. Ribot forderte die Kammer auf, das Gesetz anzunehmen, worauf diese **das ganze Gesetz annahm** und zur Diskussion der einzelnen Artikel überging. Die Kammer wurde alsdann bis Donnerstag vertagt.

Laconia — kein genügender Kriegsvorwand?

Rotterdam, 28. Februar. Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet der „Manchester Guardian" aus London, daß man in bestunterrichteten amerikanischen Kreisen in London geneigt sei, anzunehmen, der Laconia-Fall würde Wilson nicht in die Lage versetzen, die gesamte öffentliche Meinung in Amerika hinter sich zu haben, da es sich nicht um ein amerikanisches, sondern um ein englisches Schiff handle.

Frederik VIII.

London, 28. Februar, Reutermeldung. Aus Halifax wird berichtet, daß der Dampfer Frederik VIII. mit Bernstorff an Bord am 27. Februar abgefahren ist.

Dänischer Schiffsverkehr nach England.

Kopenhagen, 28. Februar. „Nationaltidende" meldet: Die seit einiger Zeit über die Wiederaufnahme der **Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach England geführten Verhandlungen** sind gestern mit dem Ergebnis abgeschlossen worden, **daß die Ausfuhrschiffe wieder abgehen werden.** Gestern sind die ersten drei Dampfer nach Norwegen abgefahren. Am Freitag gehen Dampfer von hier direkt nach Aberdeen ab. — Mit der Anmusterung der Schiffsbesatzungen ist gestern nachmittag unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den Reedern und den Seeleuten begonnen worden. Der Streik der Schiffsbesatzungen ist damit beendet.

Englische Frauen für die Armee.

London, 28. Februar. Meldung des Hollandschen Nieuw Büro. Das englische Kriegsamt hat jetzt bekannt gemacht, daß Frauen, die für die Armee in Frankreich angeworben werden sollen, 20 bis 40 Jahre alt sein dürfen. Die Frauen werden für die Dauer eines Jahres Dienst nehmen und als Schreiberinnen, Köchinnen, Wächterinnen, Kutscherinnen und Telephonistinnen verwendet werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ausweisbücher für das Schneidergewerbe.

Wie wir bereits berichtet haben, müssen künftig die im Schneidergewerbe mit Heeresnäharbeiten, gleichviel welcher Art, beschäftigten Personen ein Ausweisbuch haben. Wer nicht im Besitz eines solchen Ausweisbuches ist, darf nicht auf Heeresnäharbeit beschäftigt werden.

Infolge der von uns veröffentlichten Nachrichten haben sich viele Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Polizeirevieren um ein Ausweisbuch bemüht und ist ihnen die Ausstellung eines solchen zum Teil abgelehnt worden, während einem Teil weiblicher Arbeitskräfte ein blaues Ausweisbuch statt des roten Ausweisbuches gegeben wurde. Vielfach ist auch von den Polizeibeamten die Bedürftigkeit geprüft worden in Fällen, wo es sich um gelernte Berufsangehörige handelt. Diese Auffassung der Polizeireviere hatte ihre Ursache darin, daß ein Teil der Beamten glaubte, es soll eine Abwanderung der Arbeitskräfte vom Schneidergewerbe bezweckt werden. Es ist daher Frauen und Mädchen, die als Berufsarbeiterinnen in Frage kommen, der Rat erteilt worden, sich andere Arbeit zu suchen.

Diese Rechtsauffassung entspricht nicht dem Sinne der Verordnung. Nach der Verordnung haben gelernte Berufsangehörige ohne weiteres Anspruch auf ein rotes Ausweisbuch. Es ist nicht nötig, daß sie zurzeit, wenn sie die Ausstellung eines Ausweisbuches beantragen, auch tatsächlich Heeresnäharbeiten verrichten. Ebensowenig ist, wenn jemand nach dem 1. März, etwa im Mai oder Juni, ein Ausweisbuch verlangt, ihm dies auch unter den gleichen Voraussetzungen auszuhändigen.

Die blauen Ausweisbücher gelten nur für diejenigen Frauen und Mädchen, die nicht als gelernte Berufsangehörige in Frage kommen und nur durch die Beschäftigung mit Heeresnäharbeiten einen bescheidenen Lebensunterhalt zu führen vermögen.

Einen Nachweis dafür, daß sie auf Heeresnäharbeiten angewiesen sind, brauchen gelernte Berufsangehörige in keinem Fall zu erbringen. Die gelernten Berufsangehörigen sind als solche anzusehen, wenn sie eine Gesellenprüfung bestanden haben, sich jetzt noch im Lehrverhältnis befinden oder deren Haupterwerbszweig die Beschäftigung mit Schneider-, Näh- oder ähnlichen Arbeiten bereits vor dem 1. August 1914 gewesen ist. Auch in solchen Fällen, in denen Frauen und Mädchen erst nach dem 1. August 1914 Beschäftigung mit Schneider-, Näh- oder ähnlichen Arbeiten aufgenommen und sich durch längere Beschäftigung die Fertigkeiten einer Berufsarbeiterin erworben haben, steht ihnen ein rotes Ausweisbuch zu. Es ist zu empfehlen, daß sich die gelernten Berufsangehörigen eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers über die Dauer ihrer Beschäftigung im Schneidergewerbe ausstellen lassen und diese dem Beamten auf dem Polizeirevier vorlegen. Es ist dabei nur nötig, daß aus der Bescheinigung hervorgeht, ob der Betreffende schon vor dem 1. August 1914 im Schneidergewerbe tätig war oder sich inzwischen die Fertigkeiten eines gelernten Arbeiters angeeignet habe. In den Fällen, wo bisher die Aushändigung des Ausweisbuches abgelehnt oder statt des roten ein blaues Ausweisbuch ausgehändigt wurde, empfiehlt es sich, erneut auf dem Polizeibureau unter Hinweis auf die irrtümliche Handhabung der Verordnung entweder das Ausweisbuch oder den Umtausch zu beantragen. Wird trotzdem die Ausstellung eines Buches abgelehnt, ist das betreffende Polizeirevier verpflichtet, eine kurze schriftliche Begründung hierfür auszufertigen. Gegen die Ablehnung ist dann die Beschwerde im Aufsichtswege zulässig.

Den gelernten Berufsangehörigen ist zu empfehlen, auf Ausstellung eines roten Ausweisbuches zu bestehen, da die Inhaber des roten Ausweisbuches bei der Arbeitsvermittelung gegenüber den Inhabern des blauen Ausweisbuches den Vorzug haben.

Da sich mit der Durchführung der Verordnung einige Schwierigkeiten einstellten, so steht zu erwarten, daß sowohl das Inkrafttreten der Verordnung, als auch die Fristen, während welcher die zurzeit mit Heeresnäharbeiten Beschäftigten im Besitze eines Ausweisbuches sein müssen, etwas hinausgeschoben werden. Eine diesbezügliche Bekanntmachung dürfte wohl in aller Kürze erfolgen.

Zur Verstadtlichung des Arbeitsnachweises in Berlin.

Vom Vorsitzenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, Dr. Freund, erhalten wir folgende Entgegnung auf unsere in der Dienstagsnummer enthaltene Notiz:

Unterm 5. Dezember 1916 hat der Magistrat das folgende Schreiben an den Zentralverein für Arbeitsnachweis gerichtet:

„Wir haben beschlossen, am 1. April 1917 einen gemeindlichen Arbeitsnachweis zu eröffnen und dem Zentralverein unterbreiten wir deshalb den Vorschlag, die bislang von ihm betriebenen Zweige des Arbeitsnachweises uns zum städtischen Betriebe zu überweisen und ersuchen ergebenst um Aeußerung, in welcher Form nach dortseitiger Ansicht eine solche Ueberführung am zweckmäßigsten durchgeführt werden kann."

Auf dieses Schreiben wurde dem Magistrat vom Vorstande des Zentralvereins folgendes erwidert:

„Als geeignetste Form der Ueberführung der Arbeitsnachweiseinrichtung des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in den städtischen Betrieb würden wir die Auflösung des Vereins ansehen, unter gleichzeitiger Uebertragung aller Rechte an die Stadtgemeinde und der Uebernahme aller Verpflichtungen des Vereins durch die Stadtgemeinde. Die Auflösung muß durch die Organe des Vereins beschlossen werden und bedarf der landesherrlichen Genehmigung. Wir erwarten eine weitere Aeußerung des Magistrats, ehe wir die Organe des Vereins zusammenberufen."

Darauf ging vom Magistrat folgende Antwort ein: „Wir stimmen mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß die Entscheidung einem Gemeindebeschluß überlassen bleibt, dem Vorstande grundsätzlich darin bei, daß die Auflösung des Vereins und die Uebernahme seiner Rechte und Pflichten durch die Stadt erfolgen muß."

Auf dieses Schreiben habe ich sofort die Einberufung einer Vorstandssitzung verfügt, die indes wegen Behinderung mehrerer Personen verschoben werden mußte; auch war ich genötigt, einen Urlaub anzutreten, nach dessen Beendigung nunmehr die Einberufung der Vorstandssitzung erfolgte.

Zu dieser Vorstandssitzung sind durch ein bedauerliches Versehen die Mitglieder der Arbeitnehmerbeisitzer nicht geladen worden. Nachdem ich von diesem Versehen vorgestern Kenntnis erhielt, habe ich sofort die Einberufung einer neuen Vorstandssitzung angeordnet, weil ich es für notwendig erachte, daß die gefaßten Beschlüsse von dem voll einberufenen Vorstande bestätigt werden. Ein Beschluß über die Verstadtlichung des Arbeitsnachweises, wie dies in der Zuschrift an den „Vorwärts" behauptet wird, ist nicht gefaßt worden, da zu dieser Beschlußfassung nur die Generalversammlung zuständig ist.

Hochachtungsvoll, ganz ergebenst
Dr. Freund,
Vorsitzender des Zentralvereins für Arbeitsnachweis.

Aus Industrie und Handel.

Ein neuer Typ deutscher Kriegsanleihe?

Die „Neue Freie Presse" erfährt aus Berlin, daß für die im März fällige neue deutsche Kriegsanleihe die Auflegung eines neuen Typs vorgesehen ist. Es soll eine langfristige Anleihe unter dem Nennwerte ausgegeben werden, damit die Besitzer die Chance haben, ihre Anleihe nach einer Reihe von Jahren zu dem den Zeichnungskurs nicht unerheblich übersteigenden Nennwert getilgt zu sehen.

Sollte sich das Reichsschatzamt wirklich mit solchen Plänen tragen, so wären sie begreiflich. Das deutsche Volk hat bisher ungefähr 45 Milliarden Mark ewige Rente aufgebracht, die zwar hoch verzinslich sind, die aber sonst keinen spekulativen Reiz gewähren. Zwar wurden auch andere Kriegsanleihetypen gezeichnet, aber nicht in dem Maße, daß das charakteristische Merkmal der deutschen Kriegsfinanzierung, die Aufbringung ewiger Rente, verwischt worden wäre. Zur Stützung des Kurses der Kriegsanleihen erscheint es deshalb angebracht, wenn die neuen Anleihen ihrem Besitzer selbst bei etwas niedrigerer Verzinsung die Aussicht auf einen gewissen Gewinn bieten, mag dieser Gewinn auch nur wenige Prozent betragen.

Auflösung der rheinischen Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft.

Die Firma Hugo Stinnes in Mülheim a. Ruhr hat die am 24. d. M. angelaufene Frist verstreichen lassen, ohne der am 10. d. M. beschlossenen Aenderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinischen Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft zugestimmt zu haben. Da somit mit der Auflösung der genannten Gesellschaft gerechnet werden muß, beabsichtigt das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat den an dem Absatz in dem Gebiet der genannten Gesellschaft beteiligten Firmen die Gründung einer neuen Gesellschaft vorzuschlagen, die in Form einer Kommanditgesellschaft erfolgen soll. Das Kohlensyndikat ladet zu diesem Zwecke die Beteiligten zu einer Sitzung für den März nach Mülheim a. Ruhr ein. Die neue Kommanditgesellschaft soll unter dem Namen Rheinische Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft Karl Weyermeyer u. Co. geführt werden und ihren Sitz in Mülheim a. Ruhr haben.

Die Passivität der französischen Handelsbilanz.

Nach der amtlichen Statistik über den französischen Außenhandel beträgt vorläufigen Schätzungen zufolge die Unterbilanz für 1916 über zehn Milliarden Frank. Dieser Betrag bleibt jedoch nach übereinstimmenden Kommentaren des „Temps" und „Petit Parisien" bedeutend hinter der wirklichen Höhe der Unterbilanz zurück, da den Berechnungen die für den Markt von 1915 geltenden Durchschnittswerte zugrunde liegen. Die für 1915 nunmehr veröffentlichten endgültigen Abrechnungen ergeben eine Unterbilanz von sieben Milliarden. Nach einer Liste, in der die eigentlichen Kriegslieferungen nicht aufgeführt sind, zeigt die Einfuhr folgender Artikel die höchste Steigerung gegenüber dem letzten Normaljahr 1913: Getreide von 200 Millionen auf eine Milliarde, Zucker von 32 auf 210 Millionen, frisches und Büchsenfleisch von 33 auf 401, Pferde von 10 auf 238, Baumwollgarne von 29 auf 348 Millionen. Umgekehrt ist die Einfuhr künstlicher Düngemittel von 18 auf 0,5 Millionen gesunken.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt mit öfter wiederholten meist geringen, nur im Küstengebiete etwas stärkeren Niederschlägen; Temperaturen wenig verändert.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

A. WERTHEIM

Herren-Kleidung

Wäsche

Oberhemden weiß, mit Pikee-Falten-Einsatz 6.50
Oberhemden weiß, mit Pikee-Falten-Einsatz, und festen Manschetten ... 7.50
Perkal-Oberhemden mit losen Manschetten .. 7.90
Sporthemden guter Perkal, mit weichen Klappmanschetten ... 8.50
Uniformhemden modefarbig Panama mit Klappmanschetten ... 8.50

Krawatten u. Hüte

Krawatten Selbstbinder, fertig gebunden 1.90
Selbstbinder einfarbig, reine Seide 3.50
Weiche Wollhüte neue Farben 5.75
Haarhüte weich, farbig 9.75 12.00
Haarhüte steif, schwarz 8.75 10.50
Hosenträger gutes Gurtband 1.90

Jackett-Anzüge verschied. Stoffart., in gut. Ausführung 68 80 95 M.
Frühjahrs-Paletots in halbschweren marengo Stoffen .... 72 88 M.
Beinkleider haltbare Stoffe, moderne Streifen 18.50
Gummi-Mäntel zum Teil alte Gummierung 49 68 M.
Loden-Mäntel aus imprägnierten weichen Stoffen ... 28 39 54 M.

Anfertigung nach Maß:

in eigenen Werkstätten — Garantie für guten Sitz und Verarbeitung

Frühjahrs-Anzüge aus soliden Stoffen hergestellt .... 140 170 M.
Rock und Weste schwarz und marengo ..... 135 155 M.
Sport-Paletots ..... 165 M.
Beinkleider in verschiedenen Mustern ..... 48 58 M.

Elegante Frühjahrs-Ulster, Sport-Paletots

Herren-Schnürstiefel
Chevreauxleder / Boxkalfleder / Roß-Chevreauxleder
in verschiedenen Preislagen

Zigarren

Wilhelm II, mittelkräftige Qualität ... 100 Stück 9.50
La Gitana, Sumatra Sandbl. Fehlfarben 50 Stück 5.00
Trimentos, hervorrag. Qualität-Marke 50 Stück 5.25
Probat, Sumatra mit Felix-Brasil ... 100 Stück 11.40
Markgraf, Sumatra-Havana, pikant .. 50 Stück 6.65
Gigant, leichte angenehme Sumatra .. 50 Stück 7.15
Reichsadler, Sumatra-Havana, leicht 50 Stück 7.60
Edelwild, ff. Sumatra-Havanna ..... 50 Stück 9.50
„Berlin-Gold" Qualitäts-Zigarette .... 3½ u. 6 Pf.

Sport-Artikel

Pfadfinder-Artikel / Feldkocher in Blech und Aluminium / Feldflaschen Trinkbecher / Beil mit Tasche / Spaten / Leder-Gürtel und Leder-Gamaschen / Hockey- und Tennis-Schläger / Boomerangs.

Lebensmittel

Donnerstag, soweit Vorrat.

Kohlrüben ..... Pfund 6 Pf.
Meerrettig ..... Stange von 45 Pf. an
Porree ..... 2 Stück 15 Pf.
Schnittlauch ..... Topf 65 Pf.
Zitronen ..... Dtzd. von 75 Pf. an
Schal-Mandeln ..... Pfund 2.90
Fischwurst ..... Pfund 3.40

Moselwein
1911 Senheimer Ley ..... Fl. 2.10
1911 Zeltinger Schloßberg . Fl. 2.50

Rheinwein
Laubenheimer ..... Fl. 2.30
1911 Liebfraumilch Orig. Stiftsw. 3.20

Rotwein
Roter Tafelwein ..... Fl 2 60
1909 Chât. d'Issan ..... Fl. 3.35
1909 Chât. MorinParenpuyre Fl 3.50
1909 Chât. Leoville Lascases Fl. 4.10

Südwein
Vinhó de Portugal ..... Fl. 3.25
Oest. Dessertwein weiß .... Fl. 3.50

Abgabe nicht mehr wie 5 Flaschen.

Dorschrogen ..... Pfund 2.40
Makrelen ..... Pfund von 3.20 an
Muschelfleisch ..... Pfund 1.50
Senfgurken ..... Pfund 1.20
Delikateß-Brotaufstrich Pfund 5.00
Muscheln in Gelee ..... Pfund 1.40
Fisch-Pressfleisch ..... Pfund 4.00

Frische Fluß-Fische · Gefrorene Suppenhühner u. Poulets

Reichstag.

84. Sitzung, Mittwoch, den 28. Februar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich, Graf Roedern.

Haushalt und Steuervorlagen.

Die erste Lesung wird fortgesetzt.

Bayerischer Militärbevollmächtigter General **v. Köppel**:

Die von Herrn Scheidemann gestern gestreiften Malzschiebungen haben den Finanzausschuß des bayerischen Landtages schon ausführlich beschäftigt. Nach den Ausführungen der leitenden Persönlichkeiten dort sind die erhobenen Vorwürfe nicht gerechtfertigt. Was die Angriffe gegen das stellvertretende Generalkommando des ersten Armeekorps betrifft, so hat der bayerische Kriegsminister in jenem Ausschuß seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das Generalkommando, das während der Dauer des Krieges gerade auf kriegswirtschaftlichem Gebiet sehr verschiedene und in einzelnen Fällen vorbildliche Maßnahmen getroffen hat, auch bei Annahme der sogenannten

Sühnegelder

die beste Absicht im Auge hatte (Lachen links) und von einer Rücksichtnahme auf bestimmte Persönlichkeiten keine Rede sein könne. Der bayerische Kriegsminister hat aber gleichzeitig und rückhaltlos zugegeben, daß diese Maßnahme keine glückliche, im Gegenteil bedenklich war (Rufe bei den Sozialdemokraten: Na also!), und hat sehr bedauert, daß keine Strafanträge erfolgt sind. Inzwischen ist die Angelegenheit den Gerichten übergeben worden, der Rechtsspruch steht noch aus. Die Bemerkungen des Abg. Scheidemann über den bayerischen Verkehrsminister muß ich gleichfalls zurückweisen, sie treffen nach den Aufklärungen im Finanzausschuß nicht zu.

Abg. **Schiffer** (natl.):

Der Kanzler sagt mit Recht, wir hätten in dieser Zeit nur an eins zu denken: an Kampf und Sieg. In dieses große Bild paßt die Fideikommißvorlage aber auf keinen Fall hinein. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß das Fideikommißwesen überhaupt gesetzlich stabilisiert werden soll, und zwar noch vor Ablauf des Krieges. Die Fideikommißvorlage bedeutet zweifellos eine Begünstigung des Großgrundbesitzes. Wenn man im Kriege eine so heiß umstrittene Vorlage wie das Fideikommißgesetz erledigen will,

dann muß auch Zeit für eine Wahlrechtsvorlage sein.

In die Stimmung unserer Zeit, in die Gesamtlage unseres Volkes gehört derartiges nicht hinein. (Sehr richtig.) Die Stimmung unserer Zeit ist feierlich und weihevoll, sie drückt sich aus in dem festen Entschluß, das Letzte und Höchste aus unserem Volke herauszuholen, um den Sieg zu erringen. (Bravo!) Den Entschluß zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg hat unser Volk einmütig begrüßt. Daran ändert auch der Widerspruch des Abg. Ledebour nichts, der ebenfalls ein Einzelvorgang ist, wie die Verschwörungsmatinee im Hotel Adlon, die ich wirklich nicht ernst nehmen kann. (Heiterkeit.)

Nach der Ablehnung unseres Friedensangebots besteht es selbstverständlich nicht mehr und kann uns nicht hindern in der Aufwertung der militärischen Lage, wie sie beim schließlichen Friedensschluß sich gestaltet haben wird. Dabei wird die Frage einer Kriegsentschädigung sicherlich auch eine große Rolle spielen. Der Erfolg des U-Boot-Krieges ist erfreulich, der Schrecken schreitet durch die Welt und lähmt jeden Verkehr unserer Gegner und auch der Neutralen. Und gerade dadurch nähern wir uns dem Ziele. Wenn Amerika an die Seite unserer Gegner tritt, so ist das gewiß keine kleine Sache, aber auch das darf uns nicht irre machen in der Beurteilung der Gesamtlage. Präsident Wilson hat durch die Absage der neutralen Staaten einen Mißerfolg gehabt und seine Einbuße an Prestige, an moralischem Einfluß muß für unsere Sache hoch eingeschätzt werden. Wir können die weitere Entwickelung ruhig abwarten, wir sind gefaßt, gewappnet und gerüstet. In bezug auf unsere Ernährung besteht eine objektive Gefahr, als ob nicht genug da wäre, durchaus nicht. Aber die Art der Verteilung läßt zu wünschen übrig. Wir leiden geradezu unter einer Ueberorganisation. Notwendig ist die Erfassung vor allem der

unmoralischen und unreellen Kriegsgewinne.

Solche Gewinne müssen konfisziert werden; natürlich unter Schaffung aller möglichen Kautelen, daß wirklich nur solche Gewinne von der Konfiskation erfaßt werden. In unserem ganzen Wirtschaftsleben schreitet die Organisation rapide fort. Besonders die Arbeitnehmer werden in die Organisation geradezu hineingetrieben. Ich stimme dem Reichskanzler zu, wenn er sagte, das Volk ist jetzt ein anderes, und es kommt nicht darauf an, es zu belohnen, sondern lediglich darauf, den Schluß aus den Tatsachen zu ziehen. Ich sage: nicht weil die Wahlreform vom König versprochen ist, ist sie notwendig, sondern weil die Wahlreform notwendig ist, hat sie der König versprochen. (Sehr gut! links.) Ich würde es bedauern, wenn der Geist der Reaktion wie nach den Freiheitskriegen auch nur versuchen wollte, sein Haupt nach diesem Kriege zu erheben. Das Rad der Weltgeschichte würde ihn zertrümmern und würde damit vielleicht auch manches Gute beseitigen, was wir gern festgehalten hätten. Der neuen Zeit zu genügen, muß der Stolz und die Ehre des Reichstags sein. Wenn wir mit deutschem Idealismus an diese Aufgabe herangehen, dann wird die deutsche Zukunft in dem Glanz und der Herrlichkeit erstehen, wie wir das wünschen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Zimmermann**:

Mit Dänemark haben in der Tat Verhandlungen über ein Lebensmittelabkommen stattgefunden, die vorzeitig durch eine Indiskretion dänischer Blätter bekannt geworden sind. Ueber den genauen Inhalt kann ich leider nichts mitteilen. Jedenfalls trägt diese Abrede, wenn sie überhaupt zur Durchführung kommen sollte, unseren wirtschaftlichen und militärischen Interessen durchaus Rechnung; unsere Handelssperre gegen England würde dadurch nicht durchlöchert werden. — Was die

Verhandlungen mit Amerika

betrifft, so haben wir auf eine uns über die Schweiz mitgeteilte Anregung hin uns zu solchen Verhandlungen bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß dadurch die Handelssperre gegen unsere Feinde nicht beeinträchtigt wird. Wir waren also bereit, über die Freigabe von Personenschiffen erneut zu verhandeln. Amerika hat daraufhin in häßlicher Form erwidert, es wäre ebenfalls zu Verhandlungen bereit, falls Deutschland die Blockade vom 31. Januar widerrufe. (Lachen.) **Damit sind die Verhandlungen von vornherein als gescheitert zu betrachten.** Dem Bedauern über den Unfall der holländischen Schiffe schließt sich die kaiserliche Regierung an. Es ist unsererseits nichts versäumt worden, um ihm vorzubeugen. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Neutralen derartige Fahrten aufgeben und ihre Schiffe auflegen möchten; sie würden dadurch ihren eigenen Interessen dienen und dazu beitragen, daß das ersehnte Ziel der Freiheit der Meere um so schneller erreicht wird. (Beifall.)

Abg. **Mertin** (Dt. Fr.):

Für den U-Boot-Krieg übernehmen wir die volle Mitverantwortung. (Sehr wahr! rechts.) Das Los der Neutralen wollen wir nach Möglichkeit erleichtern, aber an der Unerschütterlichkeit unseres Entschlusses darf kein Zweifel sein. In seinen Verhandlungen mit Amerika hat Deutschland eine Engelsgeduld bewiesen. Für Wetten auf die Probeschiffe haben wir kein Verständnis. Uns liegt nichts ferner, als „eine mutwillige Offensive gegen Amerika". Redner tritt für eine ausreichende Kriegsentschädigung ein und bedauert, daß man bei der polnischen Frage das Versprechen, das Volk bei der Friedensgestaltung mitreden zu lassen, nicht eingelöst habe, und hofft, daß die nächste Kriegsanleihe die Friedensanleihe sein wird.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.):

Meine Fraktion steht auch diesmal wieder allein in Opposition gegen das ganze herrschende System; andere Parteien suchen auch den Anschein der Opposition zu erwecken, stützen aber die Regierung und suchen sich nur einen einzelnen Minister aus, um in der Opposition gegen diesen sich als treue Volksvertreter zu beweisen. (Heiterkeit.) Redner kommt auf den Fall des Abg. Leveque zurück und verlangt völlige Wiederherstellung der Freiheit dieses Abgeordneten. Er ist übrigens nicht in Schutzhaft genommen, sondern nach Hinterpommern verbannt worden, was übrigens dasselbe ist, wie in Rußland die Verschickung nach Sibirien. (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler erwähnte die englischen Greuel im Burenkrieg. Er hätte aber auch erwähnen müssen, daß es nachher die Engländer verstanden haben, durch Gewährung voller Selbstverwaltung die neugewonnenen Buren für sich zu gewinnen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbg.) Der preußisch-deutschen Regierung ist das in Elsaß-Lothringen nicht gelungen. Ich verweise auch auf das jetzige Verhalten der Regierung gegen die Belgier. Mir sind vielfach Klagen zugegangen über Mißhandlungen belgischer Arbeiter, die zwangsweise nach Deutschland überführt worden sind. (Hört! hört! bei der Soz. Arbg.) Polnische Sozialisten, die nichts getan haben, als ihre sozialistische Gesinnung in dem angeblich befreiten Polen zu betätigen, werden unter unerhörten Beschränkungen ihrer Freiheit nach Deutschland geschleppt, trotzdem keinerlei Anklage gegen sie erhoben ist. Wir verlangen, daß diesen Verfolgungen ein Ende gemacht wird. (Bravo! bei der Soz. Arbg.) Unser Parteigenosse Eichhorn hat 6½ Monate in Untersuchungshaft gesessen, der Reichsanwalt hat die Anklage wegen versuchten Landesverrats fallen lassen, Eichhorn wurde die verhängte Strafe auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet, er war also frei. Als er aber das Reichsgericht als freier Mann verlassen wollte, wurde er von demselben Reichsanwalt auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken in Schutzhaft genommen. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Soz. Arbg.) Das ist die vollkommene Willkür der Generalkommandos gegenüber oppositionellen Sozialdemokraten. Es handelt sich hier um eine Rechtsverletzung schmählichster Art, gegen die jeder wirkliche Volksvertreter aufs schärfste protestieren müßte. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Ich komme nun auf das Friedensangebot der deutschen Regierung. Sein Zweck wurde von vornherein vereitelt dadurch, daß ein wesentlicher Friedenspunkt vorher durch die Proklamierung des Königreichs Polen vorweggenommen war. Diese steht im Widerspruch zu dem Passus in der deutschen Note an Amerika: „Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker." Man wollte offenbar die Polen wieder durch einen Hohenzollernprinzen für Deutschland gewinnen. Haben Sie denn noch immer nicht begriffen, wie wenig diese dynastischen Zusammenhänge zu bedeuten haben, trotz all der Erfahrungen mit dem Georg, dem Nikolaus, dem Ferdinand? Die einzigen Könige, die Sympathie für Deutschland bewiesen haben, sind französischen Geblüts, der Bourbon in Spanien und der Bernadotte in Schweden. (Heiterkeit.) Es gibt ja keine internationalere Familie als die Dynastien. Ein Arbeiter bleibt deutsch oder französisch, wo er hinkommt, aber so ein Prinz wechselt seine Nationalität wie ein Hemd. (Heiterkeit und Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Das ganze monarchische System paßt aber nicht mehr in unsere Zeit, es muß damit aufgeräumt werden, überall. (Bravo! b. d. Soz. Arbg.) Der Zweck der Proklamation des Königreichs Polen war ja doch nicht etwa, die Polen zu befreien, sondern neue Rekruten für die deutsche Armee zu gewinnen. Sie treiben die äußere Politik nach den Grundsätzen eines preußischen Polizeiaktuars, der nach Schema F alle Leute von oben herunter kommandiert. Ich erinnere an das unglaublich beschränkte Wort des Herrn v. Tirpitz: „Wenn kommandiert wird, dann hört die Unzufriedenheit auf." — Das Friedensangebot hätte nur einen Sinn gehabt, wenn die deutsche Regierung auf alle Annexionen verzichtet. Der Reiseprediger des Herrn v. Bethmann Hollweg, Herr Scheidemann, behauptet zwar, daß das der Fall ist, aber diese Behauptung ist eine Unehrlichkeit. (Vizepräsident **Dove**: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Unehrlichkeit vorwerfen.) Was der Reichskanzler eigentlich will, hat er auch gestern wieder nicht gesagt, er hat lediglich den Rätselraten neue Aufgaben gegeben. Wir verlangen ein Friedensangebot, das die Völker wirklich befreien kann. Dann wird der Friedenswille so gewaltig anschwellen, daß auch die Regierungen dazu gebracht werden, sich entgegenkommend zu verhalten. — Die Schürung des Hasses zwischen den Völkern, die Lissauerei verurteilen auch wir. So können nur ganz verschrobene Menschen die Deutschen mit Hunnen vergleichen, wie das jetzt in England geschieht. Aber wem haben wir das zu verdanken? Doch dem Herrn, der bei der Entsendung der China-Expedition die deutschen Truppen aufforderte, sich in Feindesland die Hunnen zum Vorbild zu nehmen. „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht" — ich sehe, Sie kennen alle die Geschichte. (Heiterkeit.)

Wir allein haben das Recht, die Völker zum Frieden aufzurufen. Herr Scheidemann hat ja gestern auch damit renommiert, aber er hat kein Recht dazu. Denn er unterstützt die Regierung durch Bewilligung der Kredite. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg., Lachen b. d. Sozialdemokraten.) Daß wir die Ausdehnung des U-Boot-Krieges ablehnen, haben wir schon in unserer neulichen Erklärung gesagt. Er widerspricht ebenso wie der englische Aushungerungsplan den Geboten der Menschlichkeit. Auch seine praktischen Erfolge rechtfertigen keineswegs die ungeheuerlichen Konsequenzen zu riskieren, die daraus erwachsen müssen. Ein Krieg mit Amerika wäre wirtschaftlich von den furchtbarsten Folgen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Er würde uns auch noch die Deutschen in Amerika entfremden, die jetzt in einen schweren Gewissenskonflikt kommen. Man verweist auf die Oberste Heeresleitung. Es ist aber ein Mangel an Verantwortlichkeit, wenn die Parteien sich verstecken hinter Hindenburg und ihn zum unfehlbaren Papst machen. Auch die Sozialdemokratische Fraktion trägt mit die Verantwortung für den ungehemmten U-Boot-Krieg, wenn sie auch aus Mangel an Mut diese Verantwortung ablehnt. Die Sozialdemokratische Fraktion übernimmt durch ihre Bewilligung der Kredite überhaupt die politische Verantwortung für den Krieg. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbeitsgemeinschaft.) Wir tragen die Verantwortung für die Ablehnung der Kredite mit gutem Gewissen. (Zurufe b. d. Soz.: Bis die Russen an der Oder stehen!) — Herr Haas hat uns gefragt, was wir machen würden, wenn wir die Mehrheit hätten. Dann würde natürlich diese Regierung abdanken müssen und die neue in unserem Sinne den Frieden herbeiführen. (Lebh. Zurufe b. d. Soz.) Durch ein Friedensangebot ohne Annexionen und ohne Entschädigung und Durchführung einer einheitlichen Politik im Innern. Das würde zweifellos auch in anderen Ländern dazu führen, daß das Volk die Regierung zum Frieden zwingt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Und wenn nicht?) Dann müßte die neue Regierung mit den Mitteln, die sie zur Verfügung hat, den Krieg weiterführen. (Hört! hört! und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sie lehnen ja die Mittel zur Kriegführung ab!) **Wir haben niemals auf dem Standpunkt des Verteidigungsnihilismus gestanden!** So denken alle wirklichen Sozialisten und Demokraten, und es ist eine Verleugnung aller demokratischen Gesinnung, wenn man einer Regierung, die Unterdrückungs- und Annexionspolitik treibt, die Kredite bewilligt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Herr von Payer meinte neulich, wir hätten ja nur sehr wenig Einfluß. Dabei war er jahrelang hier mit sieben Schwaben allein (Heiterkeit), und wenn er jetzt als einer der Führer im Regierungsblock von Scheidemann bis Westarp in seiner gehobenen Lebensstellung auf uns herabblickt (Heiterkeit), so erinnert mich das an Parvenümanieren. (Vizepräsident **Dove** rügt diesen Ausdruck.) Ich wurde gebeten, das ins Deutsche zu übersetzen, dann will ich sagen: Emporkömmlingsgetue. (Heiterkeit.) Der Artikel des Herrn Haas hat jedenfalls bewiesen, wie tief es mit dem Liberalismus gekommen ist, wenn ein Konzessionsleutnant liberaler Richtung der Regierung den Staatsstreich suggeriert für den Fall, daß das Parlament gegen die Regierung im Kriege entscheidet. Ein Frieden der Verständigung, wie wir ihn verlangen, muß dahin führen, daß kein Volk sich vergewaltigt fühlt, wenn auch neue Staaten mit selbständigen Völkern dabei entstehen können, wie ein freies Polen, meinetwegen auch Litauen und Kurland, aber kein Volk, vergewaltigt und ausgebeutet von einem fremden. Die zweite Bedingung ist, daß kein Wirtschaftskrieg zwischen den Staaten herbeigeführt wird und daß die Freiheit der Meere, die wirtschaftliche Freizügigkeit aller Völker gesichert wird. Die Wiederholung neuer Kriege muß verhindert werden durch internationale Beschlüsse, die das Seebeuterecht aufheben. Die Hauptsache ist, daß der Kabinettspolitik ein Ende gemacht wird. Der Reichskanzler behauptete, heute gäbe es keine Kabinettspolitik mehr. Aber gerade heute bekommen ja die Parlamente erst nachträglich von den Beschlüssen der Kabinettspolitik Kenntnis. So war es bei der Proklamierung Polens, bei dem Friedensangebot und beim verschärften U-Boot-Krieg. Den Kabinetten muß die Entscheidung über Krieg und Frieden aus den Händen genommen werden. Die Verhandlungen müssen in aller Oeffentlichkeit von Volk zu Volk geführt werden. Man muß übergehen zum Ausbau eines einheitlichen Europas und dann zu einem einheitlich zusammengefaßten Kulturbund, einem Weltbund als Vorbereitung zu einem sozialistischen Weltbund der Völker. (Lebh. Bravo! bei der Soz. Arbg.)

Vizepräsident **Dove** ruft den Redner nachträglich wegen seiner Aeußerungen gegen die Monarchie zur Ordnung. (Abg. Ledebour: Sonst noch etwas? — Große Unruhe.) Wegen dieser Verletzung der parlamentarischen Ordnung rufe ich Sie erneut zur Ordnung.

Staatssekretär Dr. **Helfferich**:

Ich würde den Ausführungen des Abg. Ledebour eine Bedeutung beimessen, die ihnen nicht zukommt, wenn ich auf Einzelheiten seiner Rede eingehen würde. Als Vertreter der Reichsregierung muß ich aber meinem außerordentlichen Bedauern Ausdruck geben, daß in diesem Hause und in dieser Zeit solche Ausführungen überhaupt möglich sind. (Lebhafte Zustimmung.) Die Ausführungen standen nach meinem Gefühl in schärfstem Gegensatz zu dem Ernst der Zeit, in der wir uns befinden. (Sehr wahr!) Der Abg. Ledebour hat alles, was uns heilig ist in diesem Kriege, und alles, woran wir glauben, von der Monarchie angefangen bis zum letzten, in einer Weise in den Staub gezogen, wie ich es noch nicht gehört habe. Kein Wort der Anerkennung für alles, was unser Volk in diesem Kriege Großes leistet, nur Kritik, ätzende Kritik. Wir können sie vertragen, weil wir wissen, daß Herr Abg. Ledebour nur einen verschwindenden Teil des deutschen Volkes vertritt. (Sehr wahr!) Aber unterschätzen Sie die Gefahr nicht. Von unseren Feinden werden solche Aeußerungen aufgebauscht, und es wird von ihnen so hingestellt, als ob große Teile des Volkes dahinterständen. Damit hoffen unsere Feinde uns zu schaden. Allerdings werden sie sich damit irren. Aber auch uns erwächst ein Schaden davon, denn der Krieg wird durch solche Ausführungen nicht abgekürzt. (Sehr richtig!) Herr Ledebour hat große Hoffnungen darauf gesetzt, daß seine Freunde in Frankreich gegen die dortige Regierung in Opposition treten würden. Von unserem Standpunkt aus gewiß ein idealer Zustand in Frankreich. Aber Gott behüte uns vor solchen Zuständen in Deutschland. Erfreulicherweise ist die geschlossene Einheit des deutschen Volkes von allen Rednern bei aller Kritik im einzelnen in überwältigender Weise zum Ausdruck gekommen, und daran wird auch die Stimme des Herrn Abg. Ledebour nichts ändern. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Haus vertagt sich.
Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Die Form, in der der Abg. Ledebour sich mit mir beschäftigt hat, erinnert mich an die sehr richtige Kennzeichnung, die Bebel seiner Person vor aller Oeffentlichkeit einmal gegeben hat, als er sagte, es sei ihm niemals ein taktloserer Mensch zu Gesicht gekommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe bei der Soz. Arbg.) Der Abg. Ledebour hat mir bewußte Unehrlichkeit zum Vorwurf gemacht. Ich stelle demgegenüber fest, daß was ich auch immer gesagt habe in diesem ganzen Kriege, jederzeit meiner ehrlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat. So ist es auch meine ehrliche Ueberzeugung, wenn ich jetzt sage: Ich will nicht bestreiten, daß der Abg. Ledebour eine Autorität ist auf dem Gebiete der politischen Hanswurstiade. (Stürmische Heiterkeit. — Große Unruhe bei der Soz. Arbg.)

Präsident Dr. **Kaempf**: Das ist nicht zulässig. Gleiches Recht für alle. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Haas** (Vp.): Ich habe nie zum Staatsstreich aufgefordert, weil ich überzeugt bin, daß es nie einen deutschen Reichstag geben wird, der mitten im Krieg das deutsche Volk wehrlos machen wollte. Im übrigen habe ich für die Demokratie des Abg. Ledebour kein Verständnis, die Kosaken und russischen Gendarmen das deutsche Land überlassen will. (Sehr gut! links. — Lachen bei der Soz. Arbg.)

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.): Daß der Abg. Scheidemann nicht sachlich mir erwidert hat, wundert mich nicht. (Zuruf: Persönliche Bemerkung!) Bebel hat nachträglich den zitierten Ausspruch selbst bedauert. Der Abg. Haas hat in seinem Artikel klar und deutlich zum Staatsstreich aufgefordert. Dem Staatssekretär Helfferich erwidere ich, man kann auch in ganz ernsten Fragen einzelne Gedankengänge in humoristische Form kleiden, und als ich mich mit der Monarchie beschäftigte, erforderte das Objekt eine humoristische Behandlung. (Zuruf rechts: Unverschämtheit!)

Präsident **Kaempf** ruft den Redner zur Ordnung.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Fortsetzung der Etatberatung.

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Dritter Tag. — Universitäten, Kunst und Wissenschaft.

Die zweite Lesung des Kultusetats.

Minister v. Trott zu Solz weist auf die Denkschrift über das Auslandsstudium hin. Bei der Förderung dieses Studiums dürften die Kosten keine Rolle spielen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Heß** (Z.) spricht sich gegen die Heldenhaine aus, die an vorchristliche Zeit erinnerten und begrüßt es, daß der Reichsschatzsekretär von Kriegsentschädigung gesprochen hat. Das Nationalbewußtsein müsse gestärkt werden. Wie kommt ein deutscher Staatsminister dazu, auf einem Bankett zu Ehren eines „neutralen" Diplomaten englisch zu sprechen? Und was zum Teufel übermittelt uns W. T. B. die privaten Freundschaftsgrüße des Grafen Bernstorff? (Lebhafte Zustimmung rechts.) **Mehr deutsche Würde, mehr Zivilcourage!**

Abg. Dr. **Irmer** (k.) beklagt das Künstlerelend, das freilich immer Künstlerschicksal gewesen sei. Der Staat könne jedoch in die Museen nur unbestreitbare Meisterwerke aufnehmen und nicht ultramoderne Bilder. Durch gediegene Auslandsbildung müssen wir das deutsche Volk zum Weltvolk erziehen. (Beifall.)

Abg. D. **Traub** (Vp.) begründet einen von allen Parteien mit Ausnahme des Zentrums unterstützten Antrag, in den nächstjährigen Haushaltsplan erstmalig 20 000 M. zur Förderung von Veröffentlichungen und Forschungen über die Zeit der Reformation und Gegenreformation einzustellen und mit dieser Aufgabe eine Kommission von protestantischen und katholischen Forschern zu betrauen. Der Kirche war Frieden immer lieber als Krieg, das muß aber kein fauler Friede sein. (Sehr wahr! rechts.) Unchristlich ist es, statt sich an die Seite seines Volkes zu stellen, in dieser Zeit die Klassen zu verhetzen und „Frieden" zu rufen, was jetzt dem Frieden schlecht den Weg bereitet (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn ich wissen will, was Christentum ist, so gehe ich nicht zu Herrn Hoffmann, sondern zu dem, der Christ und Kriegsmann zugleich ist: zu unserm Hindenburg! (Lebhafter Beifall rechts.) — Vor drei Wochen mußte sich hier Herr Leinert entschuldigen wegen eines Lobes das in Wahlzeiten vielleicht hätte gegen ihn angewendet werden können. Wohin kommen wir, wenn ein Sozialdemokrat nicht mehr von einem Bürgerlichen und ein Bürgerlicher nicht mehr von einem Sozialdemokraten gelobt werden dürfte? Nein, hoffen wir auf den neuen einheitlichen deutschen Geist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. **Campe** (natl.): Die Rede des Abg. Haenisch war von tiefem inneren Ernst getragen. Wir stimmen dem Antrag Traub zu, hoffentlich doch auch das Zentrum. Der Ab des Reifeexamens muß von unseren Kriegsprimanern genommen werden. — Der Redner begrüßt dann die angekündigte Forderung und Erweiterung des Auslandsstudiums im Interesse der deutschen Weltpolitik, ebenso Abg. **Rewoldt** (fl.) — In persönlicher Bemerkung wendet sich

Abg. **Ad. Hoffmann** gegen D. Traub: Wenn D. Traub hiernach gesagt hat, ich hätte gestern die Feldgrauen mit Mördern gleichgestellt, so fordere ich den Nachweis dafür aus dem Stenogramm. Solange er nicht erbracht ist, nenne ich Herrn Traub so, wie mich Dr. Friedberg fälschlich geheißen hat: einen ehrlosen Verleumder! (Großer Lärm. — Vizepräsident Dr. v. **Krause**: Wegen dieser unerhörten Beleidigung rufe ich Sie zur Ordnung.)

Abg. D. **Traub** (Vp.): Ich verzichte auf jede Antwort. (Beifall.)

Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 5½ Uhr.

Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Zur Besprechung gelangte am Mittwoch die Erfassung und Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den okkupierten Gebieten. Es wird vom Abg. **Rupp** (Dt. Partei) getadelt, daß die Erträgnisse in den besetzten Gebieten von der Militärverwaltung nicht auf ihren Verpflegungsbedarf angerechnet werden. Es kommt vor, daß Fleisch den Offizierskasinos überwiesen werde, ohne daß eine Kürzung der Verpflegungsrationen vorgenommen wird.

Ebert (Soz.) verlangt eine Uebersicht über die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete, über Anbau, Ertrag und darüber, wie der Ertrag verwendet wird.

General v. **Oven**: Die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete ist, soweit es in unseren Kräften stand, durchgeführt. Es wird eine Statistik über den Anbau und den Ertrag vorbereitet. Sie ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Bestellung der Felder mußte unter Zuhilfenahme der Truppen erfolgen. Bei dem Wechsel der Truppen leidet aber die intensive Bewirtschaftung sehr. Von dem Ertrage muß die dortige Bevölkerung ernährt werden. Das Ueberige kommt der Truppe zugute und wird von ihren Anforderungen in Abrechnung gestellt. Der Unfug, daß draußen in den Bahnhofswirtschaften ein schwunghafter Handel mit Lebensmitteln nach der Heimat betrieben wird, ist jetzt beseitigt.

Pospien (Pole) wendet sich dagegen, daß Fleisch in größeren Mengen aus Polen im Schmuggelhandel nach Deutschland eingeführt wird. Das Fleisch wird hier ohne Marken verkauft.

Demgegenüber wird vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts, v. **Batocki**, erklärt, daß der Verkauf von Fleisch ohne Marken strafbar ist.

Die Beratung wendet sich dann den

Preisbestimmungen für die einzelnen Fruchtarten

zu. Bei der Besprechung der Getreidepreise fordert Abg. **Weinhoeck** (kons.) einen Gerstepreis von 290 M. pro Tonne, d. h. eine Gleichstellung mit Weizen oder für sämtliche Getreidearten einen Preis von 280 M.

Diesem Vorschlage schloß sich Dr. **Ratzinger** (Z.) an; er will aber für Braugerste einen höheren Preis haben. Dieses Mehr und die Ersparnis, die die Militärverwaltung bei den herabgesetzten Viehpreisen erlangt, sollen benutzt werden, trotz der Erhöhung des Roggenpreises den Brotpreis auf der bisherigen Höhe zu erhalten.

Hoff (fr. Vp.) bezweifelt, daß diese Absicht erreicht werden kann. Seine Parteifreunde wollen über die Vorschläge der Hochschullehrer nicht hinausgehen. Er fordert deshalb für Roggen, Gerste und Hafer einen Preis von 260 M. pro Tonne, für Weizen 280 M.

Heck (natl.) ist für eine Gleichstellung des Preises für Gerste und Weizen.

Molkenbuhr (Soz.) weist nach, daß Gerste und Weizen in Friedenszeiten nie im Preise gleich waren. Die Ansprüche, die hier erhoben werden, sind unbegründet. Das Aufwärts im Getreidepreise entbehrt jeder Begründung. Das Versprechen, es werde möglich sein, den Brotpreis auf der jetzigen Höhe zu erhalten, wird nicht erfüllt werden können. Es wird vielleicht möglich sein, den Mahllohn etwas herabzusenken; aber der Aufschlag der Bäcker wird kaum niedriger bemessen werden können. Denken wir daran, daß für die Bäckereien auch die Erhöhung der Kohlenpreise bevorsteht. Das Brot war das einzige Nahrungsmittel, das im Preise stabil blieb. Eine Erhöhung des Brotpreises wird bei der Bevölkerung berechtigten Unwillen hervorrufen. Die gegenwärtigen Preise können die Landwirtschaft befriedigen. Die Bevölkerung wird jeden weiteren Anspruch entschieden zurückweisen.

v. **Batocki** glaubt nicht, daß es möglich ist, die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis zu senken. Das wird an einzelnen Orten durchführbar sein, nicht aber allgemein. Wichtiger für die Volksernährung ist, daß wir die Nahrungsmittel haben; demgegenüber verschwindet der Anspruch auf Erhaltung des jetzigen Brotpreises.

Die weiteren Verhandlungen wurden dann auf Donnerstagvormittag vertagt.

Reichstagsausschuß für das Hilfsdienstgesetz.

Der Reichstagsausschuß für das Hilfsdienstgesetz verabschiedete in seiner Dienstagsitzung den Entwurf einer Bekanntmachung betr. Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Der Entwurf schreibt die Registrier- und

Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen

vor. Zum Zwecke der Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst haben die Ortsbehörden eine Nachweisung bis zum 31. März 1917 zu liefern, in der alle nicht mehr landsturmpflichtigen männlichen Deutschen im Alter von 18—60 Jahren aufzunehmen sind. Diese Personen haben sich auf öffentliche Aufforderung der Ortsbehörden zu der in der Aufforderung bestimmten Zeit bei der darin angegebenen Stelle persönlich zu melden und die für die Ausfüllung der Meldekarten erforderlichen Angaben zu machen. Es ist auch schriftliche Meldung unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karten zulässig.

Von der Aufnahme in die Nachweisungen und von der Meldepflicht sind ausgenommen die Personen, die mindestens seit dem 1. März 1917 selbständig oder unselbständig im Hauptberuf tätig sind, im Bereich von Staat, Gemeinde oder Kirchendienst, in der Land- oder Forstwirtschaft, in der See- oder Binnenfischerei, in der See- oder Binnenschiffahrt, im Eisenbahnbetrieb einschließlich des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen, auf Werften, in Berg- oder Hüttenbetrieben, in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Massenfabrikation, als Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker und in einzelnen kriegswichtigen Betrieben, die von den Kriegsamtsstellen für ihre Bezirke bezeichnet werden.

Auf Antrag des Abg. **Bauer** (Soz.) wurde beschlossen, auch die in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung im Hauptberuf tätigen Personen von der Meldepflicht zu befreien. Wenn ein Meldepflichtiger seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung wechselt, dann hat er dies dem zuständigen Einberufungsausschuß mitzuteilen. Nach der Regierungsvorlage sollte diese Meldung spätestens am nächsten Werktage erfolgen. Der Reichstagsausschuß änderte diese Bestimmung dahin ab, daß die Meldung spätestens am dritten darauffolgenden Werktage erfolgt sein muß. Auch die von der Meldepflicht Ausgenommenen müssen sich, wenn sie ihre Tätigkeit aufgeben oder die Beschäftigungsstelle wechseln, innerhalb der vorbezeichneten Frist bei der von der Ortsbehörde öffentlich bekannt zu gebenden Stelle entweder persönlich oder schriftlich melden. Wer es vorsätzlich unterläßt, sich zu melden, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft. Wer die vorgeschlagenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft. Die Bekanntgabe fand die Zustimmung aller Ausschußmitglieder.

Aus der Partei.

Die Gruppe Internationale und die Arbeitsgemeinschaft.

„Der Kampf", das Organ der Internationale, tritt dafür ein, daß sich diese Gruppe an der Märzkonferenz der Opposition beteiligt. Aber nur, um die verschiedenen Elemente, die sich unter das „notdürftige Schutzdach" der Arbeitsgemeinschaft, das höchstens einen „vorläufigen Unterschlupf" gewährt, geflüchtet haben, vorwärts zu peitschen. Neben „sturmerprobten Kämpfern" sind nach der Meinung des „Kampf" in der Arbeitsgemeinschaft „politisch ganz unsichere Kantonisten", denen „wir ein aufrichtiges Glückauf auf die Reise mitgeben würden". In der Arbeitsgemeinschaft brodle und gäre es wild durcheinander, und in ihrer gegenwärtigen Form seien ihre Tage gezählt. Also mitmachen, aber nichts von „unsern Grundsätzen aufgeben". Ob die Konferenz nach vorwärts führt oder ob sie ausgeht wie das Hornberger Schießen, immer nützt sie uns. So meint „Der Kampf" — und er dürfte recht haben.

Soziales.

Die Versicherung der im Hilfsdienst Tätigen.

In der kleinen Mitteilung in Nr. 58 des „Vorwärts" vom 28. Februar erwähnten wir schon die Verordnung des Bundesrats über die Versicherungspflicht der im Hilfsdienst Tätigen. Bei der Bedeutung dieser von uns schon mehrfach behandelten Frage geben wir heute eine Uebersicht des nun geltenden Versicherungsrechtes der im Hilfsdienst Tätigen. Wir werden in einer späteren Nummer auf diese Verordnung noch zurückkommen müssen, da sie noch nicht in allen Fällen den zu stellenden Anforderungen entspricht und weitergehende Vorschriften dringend geboten erscheinen. Wir können jedoch auf diese Punkte erst eingehen, wenn wir den nun geltenden Rechtszustand, wie er sich auf Grund der neuen Verordnung ergibt, dargelegt haben.

Wir haben mit Absicht eben von der Versicherungspflicht der im Hilfsdienst Tätigen gesprochen. Es handelt sich nämlich nicht nur um die Versicherung der Hilfsdienstpflichtigen. Alle im Hilfsdienst Tätigen, ob sie zum Hilfsdienst verpflichtet sind oder nicht, unterstehen auf Grund der Verordnung den Vorschriften der Reichsversicherung. Eine sachliche Erweiterung dieser reichsgesetzlichen Versicherung ist nur in beschränktem Umfange erfolgt. Grundsätzlich gilt, daß die Versicherung nur dort eintritt, wo sie nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung begründet ist. Hierüber geht die Verordnung insofern hinaus, daß für solche im Hilfsdienst tätige Personen, die beim erstmaligen Eintritt in eine landkassenpflichtige Hilfsdiensttätigkeit in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen bei einer Krankenkasse mit einem anderen Grundlohn als dem Ortslohn oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse versichert waren, nicht der Ortslohn der für sie in Betracht kommenden Landkrankenkasse gilt. Sie sind vielmehr als Facharbeiter anzusehen und danach muß für sie der Grundlohn auch nach dem bezogenen Entgelt berechnet werden. Das letztere gilt auch für Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte.

Scheidet das Mitglied einer Krankenkasse infolge der Beschäftigung im Hilfsdienst aus der Kasse aus, so soll es die einmal erworbenen Rechte in der alten Krankenkasse nicht verlieren, vielmehr wird die Zeit der Beschäftigung im Hilfsdienst so angesehen, als sei sie gar nicht vorhanden. Durch späteren Rücktritt in die alte oder auch in eine andere Kasse, bei der zur Erlangung bestimmter Leistungen eine bestimmte Mitgliedschaft erfordert wird, ist dann die Zeit der ersten Mitgliedschaft wieder anzurechnen. Aber auch die Dauer einer Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, die in die ersten sechs Wochen nach der Hilfsdienstbeschäftigung fällt, wird der Hilfsdiensttätigkeit gleichgestellt. Wer durch seine Beschäftigung im Hilfsdienst zu einer anderen Krankenkasse übertritt, kann nach Beendigung derselben innerhalb sechs Wochen bei seiner früheren Krankenkasse das Recht zur Weiterversicherung bei ihr wahlweise wieder ausüben. Zieht er es vor, in der Kasse zu bleiben, der er durch seine Hilfsdiensttätigkeit angehört, ist ihm dieses unbenommen. Meldet er sich bei der früheren Kasse, so kann ihn diese ärztlich untersuchen lassen. Für eine Erkrankung, die beim Wiedereintritt bereits besteht, hat er einen Anspruch nur gegen die andere Kasse, und zwar auf die Leistungen, die sie im Falle der Weiterversicherung bei ihr zu gewähren hätte. Auf ihren oder seinen Antrag erhält der Versicherte diese Leistungen jedoch von der früheren Kasse.

Den Krankenkassen im Sinne der Verordnung stehen knappschaftliche Krankenkassen gleich.

Die eben erwähnten Vorschriften gelten für Mitglieder von Ersatzkassen, welche dem zur freiwilligen Versicherung oder Weiterversicherung bei einer Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung berechtigten Personenkreis angehören, entsprechend. Ungünstigere Bestimmungen der Ersatzkassen dürfen nicht geltend gemacht werden.

Die in dem von deutschen Truppen besetzten Ausland von deutschen Arbeitgebern im Hilfsdienst beschäftigten Deutschen sind nunmehr ebenfalls gegen Krankheit versichert, soweit nicht schon die von uns im „Vorwärts" vom 20. Dezember 1916 erwähnte Verordnung auf sie Anwendung findet. Nach dieser Verordnung sollte eine Versicherung nur bestehen, soweit eine Arbeit für Zwecke des Heeres oder der Marine in Frage kam. Wir hatten das als nicht weitgehend genug gerügt. Nunmehr ist diesem Mißstand abgeholfen worden.

Im Ausland ausgeführte Tätigkeit, die um deswillen der Unfallversicherung nicht unterlag, weil sie in einem selbständigen Betriebe erfolgte, ist nunmehr auch der Unfallversicherung unterstellt. Aber es müssen immer die Voraussetzungen zur Versicherung an sich gegeben sein, d. h. die Beschäftigung muß in einem Betriebe erfolgen, der, wäre er in Deutschland, nach der Reichsversicherungsordnung der Versicherung unterliegen würde. Träger der Versicherung für diese Hilfsdienstleistungen ist das Reich. Die Unfallentschädigung wird nach einem einheitlichen Jahresarbeitsverdienst berechnet. Dieser beträgt bei gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeitern 1200 Mark, bei gewerblichen und landwirtschaftlichen Facharbeitern 1800 Mark; bei Betriebsbeamten wird der Jahresarbeitsverdienst nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung berechnet. Wer im vaterländischen Hilfsdienst in der Land- und Forstwirtschaft eine Beschäftigung übernimmt, nachdem er in den dem erstmaligen Eintritt in eine land- oder forstwirtschaftliche Hilfsdiensttätigkeit vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen gewerblich beschäftigt war, gilt, sofern er nicht als Betriebsbeamter beschäftigt wird, für die Unfallentschädigung als Facharbeiter, und zwar auch dann, wenn er nicht als solcher tätig ist.

Auf die Unfallrente, die auf Grund dieser Verordnung event. zu zahlen ist, werden Gebührnisse, die auf Grund der Militärversorgung etwa gezahlt werden, angerechnet. Es soll also eine doppelte Entschädigung verhindert werden. Wichtig ist der für die Unfallversicherung aufgestellte Grundsatz, daß der im vaterländischen Hilfsdienst erzielte Lohn in einem Unfallentschädigungsverfahren bei der Feststellung, ob und in welchem Maße der Verletzte durch den Unfall in seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt ist, nicht verwertet werden darf. Der erzielte Lohn darf auch im Rentenverfahren auf dem Gebiet der Invalidenversicherung bei der Feststellung, ob Erwerbsfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit vorliegt, nicht in Betracht gezogen werden.

Wer eine die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung begründende Beschäftigung vor seinem Eintritt in den vaterländischen Hilfsdienst nicht ausgeübt hat und auch nach dessen Beendigung voraussichtlich nicht ausüben wird, unterliegt wegen einer im Hilfsdienst übernommenen an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung der Versicherungspflicht nur dann, wenn er binnen zwei Monaten nach der Verkündung der Verordnung die Leistung von Beiträgen verlangt. Beginnt das Beschäftigungsverhältnis erst später, laufen diese zwei Monate vom Beginn der Beschäftigung. Der Arbeitgeber hat dem Beschäftigten auf Wunsch eine Bescheinigung über das Verlangen nach Leistung von Beiträgen auszustellen.

Auch auf diesem Gebiet schließt die Beschäftigung eines Hilfsdienstpflichtigen im Ausland die Versicherung nicht aus. Dieser Grundsatz gilt ebenfalls für die Angestelltenversicherung.

Die Fristen für die Erhaltung der Anwartschaft und des Rechts zur Zahlung einer Anerkennungsgebühr nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte werden insofern beeinflußt, als für die nach den reichsgesetzlichen Vorschriften für Angestelltenversicherung Versicherten, die im vaterländischen Hilfsdienst in einer Tätigkeit beschäftigt werden, die nach dem Versicherungsgesetze nicht versichert ist, die Kalendermonate, in denen diese Tätigkeit ausgeübt wird, als Beitragsmonate im Sinne der §§ 15 und 40 des Versicherungsgesetzes für Angestellte angerechnet werden.

Aus Groß-Berlin.

Ein neues Sondergesetz für Groß-Berlin?

Die Verhandlungen, die die Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses am Dienstagabend über eine Petition östlicher Berliner Vororte betreffend Herbeiführung eines Lastenausgleichs für Groß-Berlin gepflogen hat, lassen die Vermutung aufkommen, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges zu dem Zweckverbandsgesetz noch ein neues Sondergesetz für Groß-Berlin erlassen wird.

Die Petition geht davon aus, daß die Notlage der östlichen Vororte Groß-Berlins durch den Krieg überaus verschärft ist und daß Mittel und Wege zur Abhilfe gefunden werden müßten. Sie wendet sich aber gleichzeitig gegen den unseres Erachtens einzig gangbaren Weg einer Eingemeindung. Wie aus der Debatte hervorgeht, steht auch die Regierung dem Gedanken einer Eingemeindung nach wie vor durchaus ablehnend gegenüber. Sie hat sich schon vor dem Kriege eingehend mit der Frage eines Lastenausgleichs zwischen Berlin und seinen Vororten beschäftigt, wobei sie einen Lastenausgleich im Auge hat, der keinerlei Staatsmittel in Anspruch nimmt. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Groß-Berliner Gemeinden nicht eigentlich notleidend sind, da sie die Einkommensteuer bisher noch lange nicht so belastet haben, wie die Provinzgemeinden. Andererseits allerdings könnten die östlichen Gemeinden mit ihren Steuerzuschlägen auch nicht zu sehr in die Höhe gehen, weil dann die reichen Leute noch mehr als bis jetzt in die westlichen Vororte ziehen würden. In den Gemeinden mit einer ärmeren und kinderreichen Bevölkerung stellen sich infolge der wirtschaftlichen und Verkehrsbeziehungen zu Berlin Mißverhältnisse zwischen Leistungskraft und Ausgaben ein, und es sei deshalb Pflicht der wohlhabenden Gemeinden, in die Lücke einzutreten, die den Vororten erwachsen sei. Mit anderen Worten, es müsse ein interkommunaler Ausgleichsfonds für Groß-Berlin geschaffen werden.

Dieser Gedanke wurde insbesondere von fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite bekämpft. Der Vertreter der Sozialdemokratie stellte sich entschieden auf den Standpunkt einer Eingemeindung größeren Stils, er legte Verwahrung ein gegen jede neue Sondergesetzgebung für Groß-Berlin, erklärte sich aber allenfalls auch mit einer Erweiterung der Aufgaben des Zweckverbandes einverstanden, vorausgesetzt, daß das Zweckverbandsgesetz eine gründliche Umgestaltung erfährt. Der fortschrittliche Redner bezeichnete einen allgemeinen Lastenausgleich nicht als denkbar, ohne eine gleichzeitige Aufgabe der Selbstverwaltung; es werde kaum möglich sein, eine Bezahlungsgemeinschaft ohne eine Verwaltungsgemeinschaft einzuführen. Von einer Ausgestaltung des Zweckverbandes wollte er nichts wissen, eher gab er einer Eingemeindung den Vorzug.

Wenn die Kommission sich auch damit begnügte, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen, so ist es doch nach dem Verlauf der Verhandlungen als ziemlich sicher anzusehen, daß in dieser oder jener Form den Groß-Berliner Gemeinden neue Lasten auferlegt und möglicherweise ihre Selbstverwaltung eingeschränkt wird.

Straßenbahn und Publikum.

Unendlich viel ist schon über die schlechten Berliner Verkehrsverhältnisse geschrieben worden, eine wesentliche Besserung aber haben wir nicht erlebt. Ob man morgens, mittags, abends oder nachts fährt, immer sind die Wagen der meisten Linien überfüllt. Fahrgäste und Personal leiden gleichermaßen unter diesen Zuständen, ohne daß die Straßenbahngesellschaft zur Erfüllung ihrer Pflichten genötigt würde. Vor uns liegen wiederum Zuschriften aus Neukölln und Tempelhof. Die Neuköllner, die sich mit Recht beschweren, sind fleißige Arbeiter und Arbeiterinnen, die nachts auf die letzten Wagen angewiesen sind, dabei aber die allerschlimmsten Erfahrungen machen und häufig den weiten Weg zu Fuß zurücklegen müssen, jedoch nicht, weil sie etwa die Abfahrtzeiten versäumen, sondern weil Fahrten ausbleiben und weil nicht genügend große Wagen oder nicht Anhänger mitgeführt werden. Ein Leser schildert seine Erlebnisse wie folgt: Am Sonnabend warteten wir kurz nach 12¼ Uhr am Belle-Alliance-Platz, um mit der Linie 55 nach Neukölln zu fahren. Der nächste Wagen, der kurz vor ½1 Uhr kommen soll, fiel wieder mal aus, und wir warteten den folgenden ab. Dieser, ein kleiner Wagen, war aber so vollgepfropft, daß an ein Mitkommen nicht zu denken war. Es blieb uns, nachdem wir reichlich eine halbe Stunde gewartet hatten, nichts übrig, als wieder zu laufen, zumal da wir wußten, daß der folgende Wagen wieder einer von den kleinen sein (wir standen schon an der Haltestelle, als dieser Wagen von Neukölln nach der Bebrenstraße fuhr) und sicher ebenfalls überfüllt ankommen würde. Dieser Wagen holte uns dann in der Hasenheide ein, und wir hatten recht getan, nicht länger zu warten, denn er war vollständig gefüllt.

Wenn die solchermaßen vom Verkehr Ausgeschlossenen nur Leute

wären, die ihrem Vergnügen nachgehen, so würde man sich nicht darüber aufregen; tatsächlich handelt es sich aber bei uns um erwerbstätige Menschen, die völlig ermüdet sind und zum Teil noch nicht zur Nacht gegessen haben, darunter vielfach Frauen und Mädchen. Diese Leute müssen unter allen Umständen nach Hause befördert werden, was aber nicht geschieht, obwohl bei der Verkehrseinschränkung ausdrücklich verheißen worden ist, daß die arbeitende Bevölkerung auf Fahrgelegenheit rechnen könne.

In Tempelhof sind die Verhältnisse in der Frühe am schlimmsten, weil fast alle Wagen schon von Mariendorf her gänzlich überfüllt ankommen. Unendlich lange müssen die Fahrbedürftigen in Kälte und Nässe warten, ehe sie unter Stoßen und Kämpfen einen Platz erobern. Viele Streckenabonnenten, die nach Berlin wollen, fahren den Wagen häufig auf der anderen Seite entgegen, um nicht ein halbes oder ein ganzes Dutzend Züge vorbeifahren lassen zu müssen. Hier könnte durch ausreichenden Pendelverkehr zwischen Kaiserin-Augusta-Straße und Hallesches Tor Abhilfe geschaffen werden.

Das Landesfleischamt über die Entwertung der Fleischkarten.

Zwischen der Gemeinde Friedenau und dem Preußischen Landes-Fleischamt war jüngst ein Meinungsstreit entstanden über die Frage, ob die vollen Fleischkartenabschnitte über 250 Gramm auch dann zu entwerten oder abzutrennen seien, wenn die Gemeinde zeitweilig nicht in der Lage sei, die ganzen 250 Gramm Fleisch zu gewähren. Während Friedenau diese Frage bejahte und dementsprechend verfuhr, verneinte das Landesfleischamt dies auf eine dahingehende Beschwerde aus den Kreisen der Friedenauer Bürgerschaft. Jetzt hat das Landesfleischamt ausdrücklich folgendes bestimmt: Falls die Kommunalverbände oder Gemeinden nicht volle 250 Gramm (jetzt 350) Frischfleisch und Wurst auf den Kopf und die Woche ausgeben können, haben sie für Frischfleisch und Wurst nur die der tatsächlich ausgegebenen Menge entsprechenden Abschnitte, zu 25 Gramm Nennwert gerechnet, einzufordern, so daß die unbeliefert en Abschnitte für den Ankauf von Wild und Hühnern und für Restaurations- und Reiseverkehr in der Hand der Verbraucher bleiben. Die Fleischgeschäfte sind zu überwachen, daß sie nur die zulässige Menge der Abschnitte beliefern, aber auch nicht mehr Abschnitte als vorgeschrieben bei der Fleischabgabe einziehen.

Von Schiller zu Wiemer.

Herr Dr. Wiemer liebt eine zitatenreiche bildhafte Sprache und so prägte er im Reichstag das schöne Wort: „Der Bureaukrat soll mit dem Kaufmann geh'n". Also werde die Regelung der Volksernährung gebessert werden.

Vielleicht hat Herr Dr. Wiemer recht. Aber ganz einfach ist die Frage nicht. Als die Kaufleute noch ungehindert arbeiten konnten, im Anfang der großen Zeit — wie lang ist's her seit jenen Sommertagen! — da erlebten wir, trotzdem noch gar kein Mangel herrschte, die unheimliche Preisspringerei von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde. Und als dann die Bureaukraten immer mehr Gebiete der Volksernährung brünstig umfingen, da wurden uns die verschiedenen Krisen beschert und das anmutige Spiel: „Höchstpreis — Verschwinden der Ware — höherer Höchstpreis — unerschwingliche „Auslands"ware".

So hört der Konsument zweifelnd die Botschaft Dr. Wiemers und ihm fehlt der Glaube. Aber im Geiste ergänzt er das Zitat aus alten Schulerinnerungen und, siehe da, es lautet dann:

Der Bureaukrat soll mit dem Kaufmann geh'n,
Sie beide stehen auf der Menschheit Höh'n.

Die neuen Richtpreise für Schuhausbesserungen.

Auf Grund einer Eingabe des Bundes deutscher Schuhmacherinnungen haben im Reichsamt des Innern Verhandlungen stattgefunden, als deren Ergebnis zu betrachten ist, daß die Gutachterkommission einige Bestimmungen der Richtsätze geändert hat. Die Berechnung der Lederpreise soll durch die Festsetzung von Durchschnittsgewichten vereinfacht werden. Die Klasseneinteilung der Schuhmacher wird derart geändert, daß auch die jetzt allein arbeitenden Meister, die auch Maßarbeit anfertigen, der Klasse II zugewiesen werden. Es dürfen also berechnen: Klasse I (diejenigen Schuhmacher, die über 9 M. Arbeitslohn für ein Paar neue Herrenstiefel zahlen) 20 Proz. Unkosten, Klasse II (diejenigen Meister, die zwischen 6 und 9 M. zahlen) 15 Proz. und Klasse III (diejenigen Meister, die unter 6 M. zahlen) 10 Proz. Die Preise werden nach sechs verschiedenen Größen gestaffelt: Herrenstiefel, Damen-, Knaben-, Mittel- und zwei Kindergrößen. Auf Grund der Richtsätze der Gutachterkommission, wobei 15 Proz. Geschäftsgewinn zu berechnen sind, und der neuen Lederdurchschnittspreise ergeben sich in Groß-Berlin folgende Ausbesserungspreise für Klasse II, die wohl zumeist in Frage kommt: Für randgenähte Herrensohlen 7,50 bis 7,75, für Damensohlen 6,50 bis 6,75, für Knabensohlen Größe 36—39 6,75 bis 7 M., für Kindersohlen Größe 31—35 5,00 bis 5,50 M., für Kindersohlen Größe 27—30 3,50 bis 3,60 M., für kleine Kindersohlen unter Größe 26 2,50 bis 2,75 M. Für holzbenagelte und eisengestiftete Sohlen gelten entsprechend niedrigere Preise. Sämtliche Preise verstehen sich nur für Schuhsohlen ohne Absätze. Alle anderen Ausbesserungen werden besonders berechnet. Die Preise für die Schuhmacherklasse I erhöhen sich etwas, während die Preise für Klasse III, wozu auch die maschinellen Betriebe gehören, entsprechend niedriger sind.

Der Bund deutscher Schuhmacherinnungen und die Berliner Schuhmacherinnung wirken jetzt darauf hin, daß die Schuhmacher von weiteren Einsprüchen absehen und, soweit ihnen Leder und Sohlen zugewiesen werden, die Schuhausbesserungen entsprechend den neuen Bestimmungen durchführen.

Getragene Kleider und Schuhe.

Vom Berliner Magistrat wird uns mitgeteilt: Die Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim haben sich zur Ausführung der reichsrechtlichen Bestimmungen über den Verkehr mit getragenen Kleidern und Schuhen zu einem Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin vereinigt. Man hofft, hierdurch die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sichern, insbesondere die Selbstkosten zu verringern und die Verkaufspreise im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung so niedrig zu halten, als es unter den heutigen Umständen möglich ist. Die technische und kaufmännische Durchführung der Aufgabe hat der Wirtschaftsverband der seiner Aufsicht unterliegenden Kleider-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. übertragen, zu der sich vier große Interessentenverbände zusammengeschlossen haben. Die Geschäftsräume dieser Gesellschaft und zugleich die Hauptannahmestelle des Wirtschaftsbezirkes befindet sich in Berlin, Kommandantenstr. 80/81. Die übrigen Annahmestellen sind aus der Bekanntmachung ersichtlich. Ihre Zahl soll je nach Bedarf vermehrt werden.

Wer nunmehr gebrauchsfähige Kleidungsstücke gegen Entgelt abzugeben gedenkt, kann dies fortan nur bei den behördlichen Annahmestellen tun, während es nach wie vor jedem frei steht, seine Sachen beliebig zu verschenken. Liegt aber dem Schenker daran, eine Abgabe-Bescheinigung zu erhalten, die ihm die Erlangung eines Bezugsscheines auf ein gleichartiges Kleidungsstück wie das von ihm getragene sichern soll, so muß er die Sachen entweder ebenfalls an die behördliche Annahmestelle oder solche Wohltätigkeitsvereinigungen abgeben, welche vom Polizeipräsidenten zur Erteilung von Abgabe-Bescheinigungen ermächtigt sind.

Die Abgabe-Bescheinigungen können in allen Annahmestellen in Empfang genommen werden, sobald das Kleidungsstück für gebrauchsfähig befunden ist. Der Veräußerer hat hierzu nur die schriftliche Erklärung abzugeben, daß das abgelieferte Kleidungsstück von ihm getragen worden ist, eine Erklärung, die er natürlich auch durch dritte Personen überbringen lassen kann. Der Kaufpreis wird dagegen, wenn man nicht vorzieht, sich das Geld durch die Post oder im Scheckverkehr anweisen zu lassen, nur in der Hauptstelle, Kommandantenstr. 80/81, ausgezahlt, weil nur hier die Abschätzung vorgenommen wird. Diese Abschätzung ist, worauf vor Ablieferung hinzuweisen ist, für den Veräußerer wie für den Wirtschaftsverband bindend, eine Rücknahme der Sachen ist dann also, wie die Schätzung auch ausfällt, nicht mehr zulässig.

Stadtverordnetenversammlung. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Rathause Heimann, Weyl und Zadek haben folgenden schleunigen Antrag der Berliner Stadtverordnetenversammlung unterbreitet: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, die ärztliche Versorgung der Kriegsteilnehmerangehörigen auch nach dem 15. März cr. sicherzustellen." Die Freie Fraktion hat einen gleichlautenden Antrag eingebracht und die Fraktion der Linken hat sich ebenfalls mit diesem Antrag, der heute zur Beratung kommen soll, eingehend beschäftigt, aber keinen Beschluß gefaßt. Die ärztlichen Mitglieder haben sich indes zustimmend geäußert.

Ueber die neue Bäckereiverordnung bestand vielfach Unklarheit. Der Ausschuß der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft hat sich deshalb nochmals mit den Meinungsverschiedenheiten beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt: Die Bäcker sind nicht verpflichtet, Weißbrot in geringeren Mengen als 500 Gramm abzugeben. Die Verpflichtung zur Abgabe von Brot auch in kleinen Mengen zu 50 und 100 Gramm erstreckt sich nur auf das Mischbrot. Einige Bäcker stellten das Weißbrot in einer Form her, die man als eine große Semmel bezeichnen kann. Sie setzen einzelne Stücke von 50 Gramm nebeneinander. Dieses Verfahren ist nicht gestattet. Das aus reinem Weizenmehl hergestellte Brot muß auch die Form eines gewöhnlichen Brotes haben. Die Bundesratsverordnung, die bestimmt, daß Brot beim Verkauf 24 Stunden alt sein muß, bezieht sich auch auf das aus reinem Weizenmehl hergestellte Brot.

Bestandsaufnahme von Schuhwaren. Die Reichsbekleidungsstelle erläßt heute eine Bekanntmachung über eine Bestandsaufnahme von Schuhwaren. Zur Meldung verpflichtet sind im wesentlichen alle Personen, Betriebe, Körperschaften und Verbände, die meldepflichtige Gegenstände in ihrem Eigentum oder Gewahrsam haben. Nicht zu melden sind hauptsächlich Schuhwaren, die sich in Gebrauch befinden oder die in den Haushaltungen liegen und deren gewerbsmäßige Verwertung nicht in Aussicht genommen ist. Spediteure und Lagerhalter sind verpflichtet, die zur Vornahme der Erhebung erforderlichen Auskünfte bei den Absendern oder Empfängern meldepflichtiger Gegenstände oder bei ihren Auftraggebern einzuholen. Als Stichtag für die Erhebung ist der 12. März angesetzt. Spätestens am 17. März müssen die Meldungen bei den Magistraten, Landräten usw. eingereicht sein. Die amtlichen Vertretungen des Handels und des Handwerks, sowie die Fachvereine und die Fachpresse haben die Aufgabe übernommen, in Zweifelsfällen Meldepflichtigen Auskünfte zu erteilen. Etwaige Anfragen sind daher an eine dieser Stellen, nicht an die Reichsbekleidungsstelle unmittelbar zu richten.

Beschlagnahme von Gegenständen aus Aluminium. Am heutigen Tage ist eine neue Bekanntmachung in Kraft getreten, die neben einer Meldepflicht eine Beschlagnahme, Enteignung und Einziehung von aus Aluminium bestehenden Gebrauchsgegenständen und im Gärgewerbe üblichen Kellereigeräten vorsieht. Soweit durch die Beschlagnahme Haushaltungsgeräte betroffen werden, handelt es sich durchweg um Gegenstände, deren Ersatz in emailliertem Eisen, feuerfestem Porzellan und Ton ohne weiteres möglich ist.

Ein Schlafstellendieb, der sich als Militärinvalide ausgibt, treibt in Berlin sein Unwesen. Der Täter gibt überall an, eines Nervenleidens wegen vom Militär entlassen und in einer hiesigen großen Fabrik beschäftigt zu sein. Er mietet eine Schlafstelle oder auch ein möbliertes Zimmer und zieht gewöhnlich gleich zu. Meist schon am folgenden Tage ist der neue Mieter aber verschwunden und mit ihm auch alle Wertsachen, deren der Dieb hat habhaft werden können.

Durch ein Mittagessen verraten wurden zwei Schwindlerinnen, die gewerbsmäßig die Beraubung von Kindern betrieben. Eine Frau aus dem Südosten der Stadt brachte ihrem Manne das Essen in einer Handtasche nach der Arbeitsstelle. Hier fiel seinem Arbeitsgenossen nicht nur die Tasche, sondern auch das Geschirr auf. Beides war kurz vorher einem seiner Kinder auf der Straße gestohlen worden. Die Frau, die das Mittagessen brachte, hatte davon keine Ahnung. Sie hatte die Sachen von einer anderen Frau in gutem Glauben gekauft und diese hatte sie wieder von einem 20jährigen Mädchen namens Franziska Nowaczek aus der Falckensteinstr. 21 erworben. Eine Haussuchung bei der N. förderte noch allerhand andere Sachen zutage. Ihre Helfershelferin, eine 20 Jahre alte Wanda Nowakowski die mit ihr die Schlafstelle teilte, wurde ebenfalls erwischt. Beide sind geständig.

Kellerbrand. Große Aufregung entstand in der Nacht zu Mittwoch um 2 Uhr in dem Hause Elsasser Straße 8. Dort befindet sich im Keller des fünfstöckigen Hauses eine Eierhandlung. Diese stand in Flammen. Die Feuerwehr drang in den total verqualmten unbewohnten Keller ein. Hier fand sie an der Treppe liegend eine im Hause unbekannte Frauensperson. Sie wurde ins Freie geschafft und mit Sauerstoff erfolgreich behandelt. Angeblich will sie dort nur genächtigt haben. In kurzer Zeit war das ganze Haus verqualmt. Die Pförtnerfamilie, die im 5. Stock in einer Dachwohnung schlief, wurde im Schlafe überrascht. Angstvoll rief sie aus den Fenstern um Hilfe. Ueber eine Maschinenleiter kletterten Feuerwehrmänner aufs Dach und beruhigten die Leute. Um Luft zu machen, wurden im Treppenhaus alle Fenster eingeschlagen bezw. geöffnet. Es gelang sämtliche Personen in Sicherheit zu bringen und den Brand auf den Keller zu beschränken.

Im Tegeler See ertrunken ist der Schlächtermeister Ernst Barz aus Neukölln. B. hatte geschäftlich in Tegel zu tun und hat wohl, um sich den Weg abzukürzen, die Eisdecke des Sees betreten. Dabei geriet er in der Nähe der Borsigschen Ablage an eine dünne Stelle und brach ein. Da Hilfe nicht zur Stelle war, ertrank er.

Selbstmord einer Schauspielerin. Mit Leuchtgas vergiftet hat sich die 26jährige Schauspielerin Elisabeth K. aus der Gustav-Freytag-Str. 1 in Schöneberg. Sie wurde in ihrer vollständig mit Gas angefüllten Wohnung von Hausbewohnern leblos aufgefunden. Aus welchem Grunde sich die K. das Leben genommen hat, ist nicht bekannt.

Aus den Gemeinden.

Neukölln gegen die beabsichtigten neuen Preiserhöhungen.

Die Neuköllner Lebensmittelkommission hat in ihrer letzten Sitzung entschieden Stellung genommen gegen die geplante Erhöhung der Erzeugerhöchstpreise, die die Produktionsfreudigkeit der Landwirte heben sollen. Dem Kriegsernährungsamt soll ein Antrag unterbreitet werden, von einer Erhöhung der Erzeugerpreise unter allen Umständen abzusehen.

Kunsthonig an Stelle von Talg in Neukölln. An diejenigen Familien, die bisher nicht mit Talg beliefert werden konnten, wird in nächster Zeit in den städtischen Verkaufsstellen zum Ausgleich für die ihnen entgangene Fettmenge je Familie 1 Pfund Kunsthonig zum Preise von 55 Pf. zur Ausgabe gelangen.

Preiserhöhung im Charlottenburger Friseurgewerbe. Die vereinigten Friseure Charlottenburgs haben sich dem Beschluß der Berliner Innung angeschlossen und das Rasieren um 5 Pf. und das Haarschneiden um 10 Pf. erhöht.

Die Gemeindeschulen Wilmersdorfs berufen ihre Schüler und Schülerinnen der Klassen I bis V für Freitag, den 2. März, morgens 8 Uhr, nach den Schulgebäuden. Diese Zusammenberufungen werden sich künftig am Dienstag und Freitag jeder Woche wiederholen; ihr Zweck ist, den Kindern Aufgaben zu stellen, die stets bis zum nächsten Male zu erledigen sind. Ueberdies sind gemeinsame Wanderungen, Ausflüge, Besuche von Museen, sowie die Vereinigung der größeren Kinder zu nützlichen Hilfeleistungen und Beschäftigungen geplant. Hierzu würden u. a. Reinigung der Straßen und z. B. das Herbeischaffen von kleineren Mengen Kohlen für Private zählen. Die Klassen VI bis VII bleiben bei den bezeichneten Maßnahmen ausgeschlossen.

Wenn auch gegen die Verwendung der Kinder im öffentlichen Dienst nicht allzu viel eingewendet werden wird, vorausgesetzt daß sie kräftig genug dazu sind und genügend warme Kleidung erhalten, so muß doch dagegen Einspruch erhoben werden, daß sie allgemein für private Zwecke bestimmt werden. Derart über die Kinder zu verfügen, gehört sicherlich nicht zu den Funktionen der Schulverwaltung. Ein Zwang darf daher von der Schulverwaltung nicht ausgeübt werden.

Weißkohlverkauf in Wilmersdorf. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß der den Gemüsegeschäften zukommende Weißkohl nur an die in der Kartoffelkundenliste eingetragenen Personen auf den Buchstaben V zum Preise von 10 Pf. pro Pfund verkauft werden darf. Diejenigen Geschäfte, bei denen Nachtragskundenlisten geführt werden, haben den Weißkohl auch an solche Personen abzugeben, die den Wintervorrat an Kartoffeln besitzen und deshalb in eine Kundenliste nicht eingetragen sind.

Wiederbeginn des Schulunterrichts in Lichtenberg. In den Lichtenberger Gemeinde- und Hilfsschulen sowie in den Knabenmittelschulen wird der Unterricht, der infolge Kohlenmangels ausgesetzt war, am heutigen Donnerstag wieder aufgenommen.

Eierverteilung in Lichtenberg. Auf Abschnitt 15 der in Lichtenberg gültigen Eierkarte darf in der Zeit vom 28. Februar bis 7. März ein Ei abgegeben werden. Eine neue Anmeldung zur Kundenliste der Eierhändler erfolgt durch Abgabe des Abschnitts 16 der Eierkarte in der Zeit bis zum Mittwoch, den 7. März.

Großer Kohlenmangel in Bernau. Die Stadtverordnetenversammlung, welche am Dienstag nachmittags um 6 Uhr stattfinden sollte, mußte wegen Gasmangels auf Dienstag, den 6. März, nachmittags 2 Uhr, vertagt werden. Anläßlich des Gasmangels ist den Bürgern äußerste Sparsamkeit empfohlen worden, wer jedoch Gas durchaus benötigt, muß für einen Kubikmeter Gas drei Mark zahlen.

Gerichtszeitung.

Die Schlittschuhläuferin und ihr Inspizient. Die Direktion des „Admiralspalastes" hat eine Anzahl junger Mädchen engagiert, die sich als Kunstschlittschuhläuferinnen zu betätigen haben. Die Gage beträgt 90 M. monatlich. Ein Angestellter im Admiralspalast, der Inspizient Wagner, muß wohl überzeugt gewesen sein, daß ein Mädchen, das unter den heutigen Verhältnissen mit einer Monatsgage von 90 M. auskommen kann, nicht nur eine Kunsteisläuferin, sondern auch eine Hungerkünstlerin ist. Im Gespräch mit einer der Schlittschuhläuferinnen äußerte Wagner ganz ungeniert, sie könne doch nicht von 90 M. monatlich leben, sie werde also doch noch auf andere Weise Geld verdienen. Er deutete darauf hin, daß er an einen Gelderwerb denke, der die Preisgabe der weiblichen Ehre zur Voraussetzung hat. Die Eisläuferin stellte wegen der ihr angetanenen Beleidigung ihre Tätigkeit sofort ein und klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung der Gage — 147 M. — bis zum Ablauf des Engagementsvertrages. — Nachdem das Gericht festgestellt hatte, daß der Inspizient die Klägerin in der bezeichneten Weise beleidigt hatte und daß er als Vertreter des Arbeitgebers ein Vorgesetzter der Klägerin war, wurde die beklagte Direktion zur Zahlung des geforderten Betrages verurteilt.

Im Schiffmannprozeß beendete gestern der Verteidiger Dr. Koch seine Ausführungen. Darauf ergriff Rechtsanwalt Dr. Kurt Alexander das Wort, der den Angeklagten gegen den Vorwurf der Verschleppung in Schutz nahm und den Nachweis zu führen suchte, daß Schiffmann zwar ein leichtfertiger Spekulant, aber kein eigentlicher Verbrecher sei. Die Verhandlung wurde schließlich unterbrochen und bis Freitag vertagt.

Aus aller Welt.

Der Mord in Rathenow. Der Tod der Frau Marie Paasche aus Rathenow, deren Leiche, wie berichtet, im Walde bei Neue Schleuse unter verdächtigen Umständen aufgefunden wurde, ist, wie die gerichtsärztliche Oeffnung der Leiche mit aller Bestimmtheit ergeben hat, auf ein Verbrechen zurückzuführen. Die Frau ist dadurch getötet worden, daß ihr ein Knebel aus Tannennadeln tief in die Rachenhöhle hineingedrückt wurde. Als der Tat dringend verdächtig ist der gegenwärtig zum Heeresdienst einberufene Ehemann der Verstorbenen. Als Grund zu der Tat wird Eifersucht angenommen.

Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Genthin fuhr gestern früh 1 Uhr ein Güterzug durch Ueberfahren des Haltesignals auf einen im Bahnhof haltenden Eilgüterzug auf. Eine Schaffnerin ist getötet, zwei Schaffner sind verletzt und elf Wagen beschädigt.

Neue polnische Scheidemünzen. Der Generalgouverneur in Warschau erließ eine Verordnung, wonach unter Zugrundelegung der polnischen Mark gleich 100 Pf. als Münzeinheit eine polnische Scheidemünze aus Eisen oder Aluminium im Höchstbetrage von 20 Millionen Mark geprägt werden soll.

Milch mit 80 Proz. Wasserzusatz in Petersburg. Dem „Swiet" zufolge ergab die mit Milchproben in Petersburg angestellte Untersuchung, daß in manchen Fällen der Wasserzusatz zur Milch bis auf 80 Proz. belief. Die Stadtärzte schreiben die gerade jetzt herrschenden Darmerkrankungen der Kinder dem Genuß dieser mit dem ungesunden Petersburger Wasser versetzten Milch zu.

Im Suff. Der Schieferdecker Georg Palafalvi, der während einer Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses von der Galerie mehrere Schüsse gefeuert hat, ist in Freiheit gesetzt worden, da erwiesen wurde, daß er keine Attentatsabsicht hatte und die Tat in vollständiger Berauschtheit begangen hat. Palafalvi, der Landsturmkorporal ist, wurde in die Front zurückgeschickt, wo seine Angelegenheit als Disziplinarsache behandelt werden wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbescheinigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gültige Karten trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

W. B. Lichtenberg. Wenden Sie sich an das zuständige Bezirkskommando mit dem Ersuchen, eine Unterstützung Ihres Bruders in einer Nervenheilanstalt zu veranlassen. — **P. B. 153.** Fragen Sie beim Reichsmarineamt, Leipziger Platz 13, an. — **K. L. 100.** Es steht dem Betreffenden keine Unteroffiziersbesoldung zu. — **11. Westen.** Ihre Strafe ist durch die Amnestie erlassen. — **B. L. 4.** Voraussichtlich nicht. — **— B. 70.** Sie können auch dann noch Antrag auf höhere Rente stellen, wenn die Einspruchsfrist abgelaufen ist, sobald Sie den Nachweis erbringen, daß sich Ihr Zustand verschlechtert hat. — **L. 66. 28.** Ihre Armutschaft ist erloschen. Sie hätten sich nach Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung freiwillig weiter versichern müssen. — **M. 33.** Kommen Sie dem Verlangen des Hauswirts nicht nach. — **R. 66. 87.** 1. Landsturmpflichtig, Bruchanlage. 2. Untauglich, Asthma. — **R. L. 1917.** Einspruch muß innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides eingelegt werden. Wir halten den Einspruch für gerechtfertigt. — **O. 7.** Ja.

Kunstgemeinde Groß-Berlin

Sonntag, den 11. März 1917, 7½ Uhr, in der **Kgl. Hochschule für Musik**, Charlottenburg, Fasanenstr. 1:

Heinrich Heine-Abend.

Mitw.: **Marg. Walkotte** (Rez.), **Olga Walkotte** (Harfe), Kgl. Kammervirtuos **Hendrik de Vries** (Flöte), **Leo Gollanin** (Ges.), **Jul. Dahlke** (Klav.)
Billetts zu 50 Pf. u. 1 M. bei **Wertheim**, Leipziger Str., **Bote & Bock**, Leipziger Str. und **Horsch**, Engelufer 15. 1907b*

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 24. Februar 1917, verstarb unser Mitglied, der Töpfer

Ferdinand Linke
(Bezirk Gesundbrunnen)

im Alter von 58 Jahren an Wassersucht.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 1. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs, Seestraße, Eingang Müllerstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
192/8 **Der Vorstand.**

Als Opfer des Weltkrieges starb am 20. Februar 1917 infolge Bauchschusses unser inniggeliebter, unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schütze einer Gebirgs-Masch.-Gewehr-Abt.

Erich Jacob.

Dies zeigen in tiefem Schmerz an 1950b

Rudolf Jacob
Berta Jacob } als Eltern.
Bruno Jacob als Bruder.
Ida Jacob als Schwägerin.
Elfriedchen als Nichte.
Erwin Jacob als Bruder,
z. Z. im Felde.
Walter Jacob als Bruder.
Berlin, Lützowstr. 10.

Du bist so schwer geschieden,
Du treugeliebtes Herz.
Du hast nun Deinen Frieden
Und wir den bittren Schmerz.
Magst Du in fremder Erde
Zur Ruh' gebettet sein,
Du wirst in unseren Herzen
Doch nie vergessen sein.
Ruhe sanft in Frieden,
Du gutes Herz.
Du hast den Frieden
Und wir den Schmerz.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industrie-Arbeiter

Max Stahr

am 23. Februar im Alter von 22 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industrie-Arbeiter

Ludwig Wenneborg

am 17. Februar im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
72/9 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Ziseleur

Joseph Wiesenfahrt

Reichenberger Str. 37, am 26. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
130/19 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Albert Höft

sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Städtischen Gasanstalt und dem Staats- und Gemeindearbeiterverband unseren herzlichsten Dank. †151

Die trauernde Gattin
Ottilie Höft und Töchter.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung sowie freiwillige Ablieferung von Glocken aus Bronze tritt am 1. März 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 1. März 1917.
142. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**

Am 9. und 10. März **Ziehung** am 6. und 7. März

Naturschutzpark-Geld-Lotterie
7219 Gewinne zus. Mark
Hauptgewinne: **235000 100000 40000**
Geld-Lose 3 M. Porto und Liste 35 Pfg. extra.

Berliner Pferde-Lotterie
5013 Gewinne im Werte zus.
1. Hauptgewinn: **70000 M.** 2. Pferdegewinn **40000 M.** **10000 M.**
Berliner Lose 1 M. Porto u. Liste 30 Pfg. extra.

2 Naturschutzpark u. 4 Berliner Lose incl. Porto u. 3 Listen — M. 10.40

11 Berliner Lose sortiert mit Porto und Liste = M. 10.30.

Lud. Müller & Co., Berlin W. 56, Werderscher Markt 10.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von Korkholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigfabrikaten tritt am 1. März 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 1. März 1917.
144. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**

Die Nachtragsbekanntmachung des Oberkommandos in den Marken zu der Bekanntmachung vom 31. Mai 1916 betreffend Bestanderhebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen (Wolle, Baumwolle, Flachs, Ramie, Hanf, Jute, Seide) und daraus hergestellten Garnen und Seilfäden tritt am 1. März 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 1. März 1917.
143. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**

Die Nachtragsbekanntmachung des Oberkommandos in den Marken zu der Bekanntmachung und den Nachträgen betreffend Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgespinste tritt am 1. März 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 1. März 1917.
131. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Aluminium tritt mit dem Beginn des 1. März 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 1. März 1917.
139. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**

Zentralverband der Lederarbeiter

und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Filiale Berlin I.

Sonntag, den 4. März, vormittags ½11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **H. Schmidt, Prinzenallee 33.**

Tagesordnung:

Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
133/14 **Der Vorstand.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin. **Sebastianstr. 37/38.**

Achtung! Kostümbranche! Achtung!

Morgen Freitag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal I.

Tagesordnung:

1. **Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern betreffs Lohnerhöhung.** 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
164/19 **Die Kommission.**

Verkäufe

Teppiche, Portieren, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken, billigst, Vorwärtsleser Extrarabatt. Potsdamerstraße 109, Fischer. *

Pelzgarnituren! Skunkskolas! Fuchsgarnituren! Opossumkolas! Kissen! Bettenverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbleibendste Teppiche, Gardinen. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Bölsche, Die Abstammung des Menschen. Der Mensch der Vorzeit, Der Mensch der Pfahlbauzeit. — Müller, Menschwerdung. Jeder Band reich illustriert statt M. 1,— für 75 Pf. Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 3, Laden.

Geld! Geld! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, kaufen. Im Verfall gewesene Anzüge, Paletots, Ulster sowie neue Maßgarderoben, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Alaskafüchse, Sommerpreise. Silberne Uhren, goldene Damenuhren, Schmucksachen und Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2. *

Heydörfer, Max, Praktisches Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens. Gebunden 4 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Möbel

Möbel-Boebel, Moritzplatz 58 Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Küchenmöbel. Größte Auswahl, niedrigste Preise. Besichtigung 8½—7, Sonntag 12—2. Eventuell Zahlungserleichterung. 38*

Bis auf weiteres noch riesig preiswert wunderbare Kücheneinrichtungen, farbig und lasiert. Ueber 80 moderne Muster in allen Preislagen vorrätig. Besichtigung lohnt. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. *

Herrenzimmer! sehr gediegen, schwereiche Bibliothek, dreitürig, rundeingebaut, extra schwerer Diplomat, komplett 750,—, Speisezimmer, reichgeschnitzte, elegante, moderne, runde Form, komplett 1450,—, kleiner 770,—, Klubsessel, Klubsofa, prima Salbleder, Gobelin billigst. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30.

Kaufgesuche

Platinankauf, Gramm bis 7,60, ebenfalls Ankauf alter Zahngebisse, Bestecken, Ringe, Schmucksachen, Ketten, Glühstrumpfasche zu gesetzlichen Preisen. Metallkontor John, gegründet 1903, nur Alte Jakobstraße 138 und Rottbuserstraße 1 (Rottbusertor). Moritzplatz 12858, Firma genau beachten.

Platinabfälle! Gramm bis 7,70 Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Wederstraße 31. Telephon Alexander 4243. 98*

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Schmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). *

Leinölfirnis, Bienenwachs, rein, Borax, rein, und ähnliches kauft höchstzahlend Wolter, Thaerstraße 6.

Emaillelacke, sämtliche Dellacke, Terpentinersatz und ähnliches kauft höchstzahlend Wolter, Thaerstraße 6.

Schnellbohrer, Drehstähle, Treibriemen, Werkzeuge kaufen Nerlich u. Koch, Ostendestraße 2. *

Säcke, allerhand, höchstzahlend kauft Rosner, Lothringerstraße 64, Norden (10735). 241/1

Sektkorken 24 pfennig, Weinkorken bis 4 pfennig, aller Art, Schallplatten, Walzen, jeden Posten, kauft höchstzahlend Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. *

Werkzeuge, gebrauchte und neue Treibriemen, Spiralbohrer, Fräser, Werkzeugmaschinen, Abreißmagnete kauft laufend für eigenen Betrieb Heinrich Brieft, Stellschreiberstraße 59 und Beusselstraße 5, Laden. Telephon Moabit 2098. *

Mandolinen kauft man reell im Schweizer Musikhaus, Schönhauserallee 130, Badstraße 57, Weißensee, Antonplatz. *

Schallplatten von Künstlern und andere kauft man reell im Schweizer Musikhaus, Schönhauserallee 130, Badstraße 57, Weißensee, Antonplatz.

Musikinstrumente kauft man reell im Schweizer Musikhaus, Schönhauserallee 130, Badstraße 57, Weißensee, Antonplatz. *

Lauten, Gitarren kauft man reell im Schweizer Musikhaus, Schönhauserallee 130, Badstraße 57, Weißensee, Antonplatz. *

Unterricht

Klavierkursus. Erwachsenen Schnellmethode, Monatspreis 3,—, Klavierüben frei. Musikakademie Oranienstraße 66 (Moritzplatz). *

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt E. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Klavierlehrerin unterrichtet gründlich, Pinkstraße 9. †12

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 68R*

Vermietungen

Zimmer

Leere zweifenstrige Stube, sehr sonnenreich, zu 15 Mark zu vermieten. Petermann, Gneisenaustraße 45 I. 19515

Schlafstellen

Möblierte Schlafstelle, Vorderzimmer, einen auch zwei Herren oder Damen, Manteuffelstraße 81 parterre.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

Stellenangebote

Verkäufer, tüchtige, für Teppiche, Möbelstoffe und Gardinen sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Dekorateure, gewandte, sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Lehrlinge stellt ein Ed. Puls, Eisenkonstruktions- und Kunstschmiedewerkstatt, Berlin-Tempelhof. R*

Anschläger, Schlosser für Wagen N. K. 16 und 05 verlangt. H. Scherbel, Berlin-Weißensee, Lehderstraße 42.

Hausreinigung Fichtestraße 27, Wohnung und 15,—. Rentenempfänger bevorzugt. 19525*

Verkäuferinnen, tüchtige, für Handschuhe, Schleier, Kämme und Haarschmuck, Schreibwaren, Möbelstoffe, Wirtschaftsartikel und Emaillewaren sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Packerinnen, tüchtige, zum Einpacken und Kontrollieren der Waren an unseren Kassen sofort gesucht. Meldungen von nur solchen Damen, welche bereits in lebhaften Detailgeschäften als Packerinnen tätig waren, in der Zeit von 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Kontoristinnen, tüchtige, nicht unter 18 Jahren, mit schöner Handschrift sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Kassiererinnen, tüchtige, sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes von 10—2 Uhr vormittags oder 6—7 Uhr abends in der Personalverwaltung, 4. Stock. A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Frauen zum Zeitungaustragen können sich melden „Vorwärts"-Spedition Lichtenberg, Alt-Borsigwalde 56, Laden. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Markusstraße 36. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Tempelhof, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Werderstraße. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30. *

Botenfrau verlangt für den Bezirk Helmholtzstraße, Englischestraße. Vorwärts, Charlottenburg, Sesenheimerstraße 1. *

Aeltere militärfreie Schlosser
sofort für dauernde Stellung verlangt
Norddeutsche Kabelwerke Aktien-Ges.
Neukölln, Am Oberhafen.

Wir suchen einen tüchtigen ersten
Ofenmann
für die Bedienung der Rollöfen in unserer
Geschoßpresserei.
Angebote von möglichst militärfreien Bewerbern sind unter Angabe der Lohnansprüche und des Eintrittermins zu richten an
Sachsenwerk, Abt. P.
Niedersedlitz i. Sa. 216/2

50 Bauschlosser, Schmiede und Brenner
sofort gesucht von
Braß & Hertslet, Berlin-Marienfelde.

Tüchtige Setzer verlangt **Willy Wolffsohn,** Michaelkirchstr. 17.

Innenputzer
für Neubauten Nähe Rathenow sofort gesucht. **Akt.-Ges. für Bauausführungen, Bülowstr. 90.** 216/3

Tüchtige Bauschlosser
werden sofort in unseren neuen Fabrikräumen eingestellt. 275/86
J. Degenhardt
G. m. b. H.,
Wittenau, Bittestr. 47/48.

Arbeiter für Beton und Erdarbeiten
für sofort gesucht. 15/15
Melden bei Poller **Frühling, Kabelwerk Gartenfeld.**

Autoschlosser,
tüchtige, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, verlangt
Wilh. Rings, Stoewer-Werke A.-G., Berlin, Gneisenaustraße 67.

Geschäftskutscher
und **kräftige Transport-Arbeiter** stellt sofort ein Zünderpreßwerk **G. H. Speck, Lützowstr. 2.**

Geübter Steinschleifer
für Lithographische Kunstanstalt findet gute, dauernde Stellung bei
Heymann & Schmidt
Schönhauser Allee 164.

Laufmädchen,
jüngeres, suchen 19435
Altschul & Sinzheimer, Zimmerstr. 14/15.

Lederpanzerin auf Sohlenschoner. **gewandte Frau** zum Aufnageln von Kriegssohlen und **Laufmädchen** verlangt Kriegsbesohlung Gemeinde **Tempelhof. Richter, Berliner Str. 1.**